



Protokoll

der 29. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 20. September 2023, um 7:06 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: -

Verhandlungsgegenstände:

39.	Anzug Eric Weber betreffend Claramatte in einen Riebliacker umformen	2
40.	Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Beitrag der Kulturbetriebe von Basel-Stadt zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens	3
30.	Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende	6
42.	Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Raffaella Hanauer betreffend CO2-Abscheidung bei der Kehrlichtverwertungsanlage der IWB in Basel	9
43.	Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend temporäre Massnahmen für die Sicherheit von Velofahrenden bei Baustellen.....	11
44.	Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Sperrung Brunngässlein, St. Alban-Graben und Elisabethenstrasse	13
45.	Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Veloroute Aeschenplatz – Bruderholz.....	17
46.	Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof.....	19
47.	Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie.....	19
48.	Anzug Daniel Albietz und Konsorten betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen"	20
49.	Anzug Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO2-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität"	20
50.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige.....	23
51.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend eine bedarfsgerechte Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen	24
52.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort	24
53.	Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen	29



Beginn der 29. Sitzung

Mittwoch, 20. September 2023, 19:59 Uhr

39. Anzug Eric Weber betreffend Claramatte in einen Riebliacker umformen

[20.09.23 19:59:59, 23.5277.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Nachtsitzung.

Der Anzugsteller Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Wozu dient meine jetzige Parlamentsrede, um mit der Regierung abzurechnen oder ein neues Gesetz zu machen. Der grösste Fehler der Redner besteht meist darin, dass sie alles mit einem Mal versuchen, statt sich ein konkretes Ziel zu setzen. Mein Ziel ist dieser Anzug. Ich bezeichne mich als Obergrüner. Ich möchte ganz ehrlich sagen, ich habe kein Auto, ich habe keinen Kühlschrank, ich habe kein Fernseher, ich fliege nicht mehr, ich bin Öko durch und durch und darum diesen Anzug. Und Sie wissen es nicht, 1983 hatte meine Liste Volks-Aktion eine Listenverbindung mit der Grünen Liste bei der Nationalratswahl 1983 und bei der Grossratswahl 1984, weil meine andere Restfamilie auch noch kandidiert hat auf einer Liste namens Grünen Liste Basel.

Zurzeit ist ja das Kleinbasel in aller Munde, Frau Olympiasiegerin, ich freue mich, dass ich Sie begrüssen darf. Das Kleinbasel ist in aller Munde und in allen Zeitungen wegen der Kriminalität und ich sehe das aber einmal positiv mit diesem Anzug, was ich da für das Kleinbasel verlange. Ich habe ja gelernt in so vielen Jahren in Basel, dass in diesem Kanton alles nur noch geht zum Thema Klima, andere Ideen will man nicht. Bei der Basler Fasnacht lese ich alle Zettel seit meiner Kindheit, darum habe ich euch die vielen Ideen, die die Medien dann mit Handkuss von mir aufnehmen, ohne dass ich schreibe, dass die Idee von Eric Weber ist.

Bei der Claramatte steht auf dem Fasnachts-Zettel, man sollte die in einen Riebliacker umwandeln. Dann habe ich gedacht, ich bin dankbar für die Fasnacht-Gesellschaft und nehme das als Anzug auf und das nennt sich Fasnachtssujet. Sie wissen alle, wenn Sie das gelernt haben in der Schule, die Anbauschlacht, die die Schweiz im zweiten Weltkrieg machte, ist beeindruckend. Jeder Zentimeter Land wurde ausgenutzt, in den Wäldern wurde nach heruntergefallenem Holz gesucht. In Europa ist wieder Krieg, das steht im Anzug. Basel nimmt Menschen aus der Ukraine auf, aber das soll es nicht gewesen sein.

Ein Beispiel in diesem Anzug ist der Spätsommer 2022. Es gab eine Infotagung vom Kanton in der Schule Bäumlhof. Ich war der einzige Grossrat, der an dieser Infotagung Überbauung Bäumlhof-Areal anwesend war. Man wollte dort Häuser und Container hinstellen für Frauen aus der Ukraine und es gab massive Proteste von der Anwohnerschaft und ich war dort dabei. Und darum finde ich jetzt, wenn das so ist, könnte man das doch mit der Claramatte machen, darum mein Anzug. Ich weiss, mein Anzug kommt nicht durch, aber das ist Politik. Ich habe es versucht, aber ich würde mich freuen, wenn Sie den Knopf einmal anders drücken könnten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001359, 20.09.23 20:05:56]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Überweisung.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 78 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.

40. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Beitrag der Kulturbetriebe von Basel-Stadt zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens

[20.09.23 20:06:10, 23.5293.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Joël Thüring (SVP): Die SVP bestreitet diesen Anzug. Er hört sich ja vom Grundsatz her relativ sympathisch an, je nachdem, wie man ihn verstehen möchte, er birgt aber doch relativ grosse Gefahr. Ich war ein bisschen überrascht, dass andere bürgerliche Fraktionen ihn unterstützen. Man kann von diesem Pariser Klimaabkommen halten, was man will, das müssen wir jetzt nicht diskutieren. Ich persönlich halte es für falsch, wenn wir uns auf Ziele einigen, die man dann ohnehin nicht erreichen kann mit einem Enddatum quasi. Man soll die Ziele natürlich trotzdem erreichen, aber sich diese so setzen, dass man die Bevölkerung damit noch halbwegs so mitnimmt, dass sie genug zum Leben haben. Aber das ist ein anderes Thema.

Bei den Kulturbetrieben fordert Béla Bartha nun, dass man entsprechend schaut, dass diese unter anderem energietechnisch auf neuestem Stand sind. Das ist für mich eine Forderung, die man nicht an den Regierungsrat adressieren muss. Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat im Rahmen der Sanierungsprojekte aller Institutionen, die ihm gehören, schaut, dass man, wenn man sie sanieren muss, sie energietechnisch sinnvoll auf den neuesten Stand gebracht werden. Das ist in der heutigen Zeit eine Selbstverständlichkeit. Und bei den anderen Kulturinstitutionen, die dann auch noch in diesem Anzug gemeint sind, ist es ja so, dass hier, zumindest interpretiere ich das so, die Besitzer der Liegenschaften Private sind, Firmen, Stiftungen, was auch immer. Und hier jetzt quasi das Bau- und Verkehrsdepartement, das Departement ist hier namentlich erwähnt, dann vielleicht dazu zu bringen, mit diesen Institutionen zusammen zu schauen, dass diese vielen Kulturbauten energietechnisch auf dem neuesten Stand sind, das würde jetzt doch arg in das eingreifen, was noch Privatbesitz und Privateigentum anbelangt. Dort, wo der Kanton eine Liegenschaft besitzt, wo der Kanton auch direkt Zugriff hat, dort ist das aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit.

Dann Kooperationen für Kulturbetriebe oder Institutionen für mehr klimagerechtes Handeln. Auch darunter kann man sich sehr vieles und dann wieder nichts vorstellen. Ich bin auch da der Meinung, dass die Sensibilisierung aller Institutionen im Kanton Basel-Stadt in Bezug auf Nachhaltigkeit derart weit fortgeschritten ist, dass dies eine Selbstverständlichkeit ist. Auch hier braucht es keine gesonderte Aufgabe, die der Kanton an die Hand nimmt und uns dann berichtet. Das sind aus unserer Sicht fortlaufende Prozesse, so wie wir sie auch an anderer Stelle kennen. Und wenn man dann dies zu Ende denkt und dann findet, aber das ist ja trotzdem alles noch gut und der Kanton soll doch und der Kanton muss doch, dann kann ich einfach sagen, liebe Damen und Herren, vor allem der Bürgerlichen, die das unterstützen, auch das wird einfach wieder kosten und das ist dann Geld, das dem Kanton fehlt, vielleicht für diese Kulturinstitutionen, wenn wir dann darin investieren müssen, dass diese klimaneutral sind. Wenn wir dann vielleicht sogar noch mithelfen müssen, dass ihre Gebäude möglichst rasch energetisch saniert sind und man sie dort vielleicht auch noch zusätzlich mit Staatsbeiträgen unterstützen müsste, dann fehlt das Geld dann irgendwann für den eigentlichen Sinn, nämlich des Kulturbetriebs, nämlich für das Angebot in diesem Kulturbetrieb.

Und deshalb glauben wir, ist es nun zwar sehr sympathisch, wenn man diesen Anzug an den Regierungsrat überweist, weil man damit einmal mehr zeigen kann, dass man etwas für das Klima machen will. Wenn man ihn aber zu Ende denkt, dann muss man feststellen, dass das Meiste ohnehin heute schon gelebte Praxis ist und das andere wahrscheinlich auch nicht im Sinne vieler hier in diesem hohen Haus ist, die sich auch für Ausgaben im Kulturbereich einsetzen. Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Ich bestreite diesen Anzug sicherlich nicht, damit das klar ist, die SP-Fraktion ist für die Überweisung dieses Anzugs. Damals in der Klimakommission, Sie erinnern sich, als wir das Fachwissen verschiedenster Menschen zum Thema Klima beiziehen konnten und uns mit ihnen gemeinsam berieten, wie wir im Kanton Basel-Stadt die Emissionen



vernünftig, effizient und rechtzeitig senken können, kamen wir immer wieder auf das eine, nämlich wie wichtig dabei die Rolle des Kantons selbst ist. Wie er selbst einerseits als Vorbild agieren kann, wie er aber auch selbst seinen eigenen Hebel in seinen verschiedenen Rollen, nicht nur als Staatswesen, sondern auch als Arbeitgeber, als Immobilieneigentümer, als Einkäufer und Besteller oder als Betreiber nutzen kann.

Und dieser Anzug nimmt jetzt genau das wieder auf, der Kanton als Förderer und Partner von Kulturinstitutionen, auch da hat er einen wirksamen Hebel. Zu einer zeitgemässen Kulturpolitik gehört selbstverständlich die Auseinandersetzung mit dem Thema Klima und angesichts der aktuellen Entwicklungen ist wahrscheinlich sowieso jeder Betrieb daran, Nachhaltigkeitsmassnahmen zu implementieren. Viele Prozesse laufen bereits in den verschiedenen Kulturinstitutionen. Ziel ist es, dass diese koordiniert sind. Die Institutionen, die es eben gemeinsam stemmen können, Unterstützung bekommen, ein Erfahrungsaustausch stattfindet, Best Practices geteilt werden, effizient und gemeinsam und am Ende eben auch kostensparend, da kann der Kanton eine Rolle übernehmen, da sind wir überzeugt. Und zu diesem Glück will dieser Anzug ihn jetzt nicht gerade zwingen, aber es ihm ziemlich schmackhaft machen.

Im nächsten Kulturleitbild soll das Thema einen festen Platz bekommen und weil ein Grossteil der Emissionen auf die Gebäude entfällt, sollen auch diese nicht ausser Acht gelassen werden. Hier möchte ich ausdrücklich betonen, dass dies aus Sicht der SP-Fraktion unter Einbezug der grauen Energie geschehen soll. Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir jetzt tun, was wir können und was in unserer Verantwortung steht. Das schulden wir nicht nur dem Planeten und seiner Zukunft, sondern auch unserem Zusammenleben und der Kulturstadt Basel. Hier ist wieder so ein kleines konkretes Puzzleteil, das wir beisteuern können zur Bewältigung der Klimakrise, zur Abwendung von grossem Leid und hohen Kosten. Tun wir es.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Letzten November hat sich die Bevölkerung von Basel-Stadt deutlich für die Netto-Null-Strategie 2037 ausgesprochen und ein Jahr davor haben wir, und das finde ich eigentlich bedeutender, als Grosser Rat im Rahmen der Spezialkommission Klimaschutz uns dafür entschieden, klare Massnahmen und Ziele festzulegen, um den Klimawandel abzuschwächen. Unsere Verantwortung als Parlament haben wir selbst mit deutlichem Mehr bekräftigt und gerade in dieser Debatte wurde klar, der Klimaschutz ist ein interdepartementales Thema. Es ist ein extrem komplexes, vielschichtiges Thema und es ist fast ähnlich wie bei der Digitalisierung, es lohnt sich, ihn überall mitzudenken.

Ausserdem wird uns Netto-Null 2037 sowieso nur dann gelingen, wenn wir es in all unseren Lebensbereichen mitdenken und genau das fordert dieser Vorstoss. Ich kann da auch ein bisschen dagegensprechen, dass das einfach schon gelebte Praxis ist und so umgesetzt wird. Im Kulturbereich spüre ich immer noch, dass da auch sehr viel Knowhow fehlt in diesem Bereich, dass es schwierig ist, sich dieses zu erarbeiten und ich glaube, gerade die Kulturstadt Basel hat mit der Kultur einen sehr grossen Sektor, welcher sich eben nicht genug mit dieser Klimagerechtigkeit auseinandersetzt. An was das liegt, ich glaube, da gibt es ganz unterschiedliche Dimensionen, ob das jetzt Desinteresse ist oder mangelnde Ressourcen bis hin zur Komplexitätsfrage dieses Themas.

Aber wenn man sich diesen Kulturbereich mal anschaut, dann geht das weit über das Bauen hinaus. Was für Materialien werden eigentlich für Ausstellungen und Aufführungen gebraucht, wie viel weite Reisen legen solche Ausstellungen oder Musikerinnen und Musiker zurück, wie viel Energie wir in diese konkrete Bewahrung von heiklen Objekten stecken, aber eben auch, wie viel Kultur in unterschiedlichen, auch sehr alten Gebäuden stattfindet. Ein paar Beispiele für die Relevanz der Klimafrage waren das und es ist zum Beispiel möglich, das mit Kreislaufwirtschaft, ökologischem Transport oder Energiesparansätzen zu lösen.

Wir als Kanton können auch hier vorausgehen und ich glaube wirklich, diese Knowhow-Schaffung, die ist extrem wichtig. Es ist nicht nur in der Kultur so, dass wir jetzt Klima- und Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln, das ist eine extrem aufwendige Arbeit. Das wird von der Verwaltung über die Hochschulen bis in den privaten Firmen gemacht mit Ressourcenaufwand. Da wird Knowhow geschaffen, es gibt einen grossen Austausch und das fehlt im Kulturbereich. Und genau da könnte eben auch dieser kantonale Anstoss, diese Hilfe des Kantons dazu beitragen, dass sich das auswirkt, nicht nur auf die öffentlich beeinflussbaren Kulturstätten, sondern eben auch dieses Knowhow, diese Erarbeitung weitergegeben werden kann an die privaten Kulturanbieter.

Für mich ist es darum eigentlich ein No-brainer, dass wir diesen Anzug überweisen, weil wir möchten Klimaneutralität erreichen und zwar nicht nur in diesen Sektoren, die wir mit dem Gegenvorschlag angestrebt haben, sondern grundsätzlich wissen wir ja alle, dass das alle Sektoren betrifft. Wir haben uns als Schweiz in Paris und als Basel letzten November dazu verpflichtet, dass wir das anpacken, also machen wir doch das auch ohne Scheuklappen in allen Bereichen.

Und auf diese Sorge hin der bürgerlichen Kolleg*innen, dass es nur zu ganz vielen Mehrkosten für den Kanton führt, möchte ich noch ein Beispiel anbringen. Ich kenne einen sehr grossen Kulturbetrieb, da wäre die Erstellung eines Klimaplanes, um das Netto-Null zu erreichen sowie eine finanzielle Unterstützung und Zusicherung für diese Unterstützung von Massnahmen,



um schneller Netto-Null zu erreichen, von Dritten finanziert worden. Aber es ist daran gescheitert, dass die Institution keine Daten zu ihrem Ausstoss hat liefern können und auch keine Ressourcen hat, diese herzustellen.

Also ich glaube, es gibt da sogar Bereitschaft und Interesse von Privaten, die Kulturinstitutionen auch dabei zu unterstützen und ganz viel Kulturschaffende, das ist auch schon genannt worden, die beschäftigen sich mit dem Thema. Also ich glaube nicht, dass das in Konkurrenz zu den Kulturveranstaltungen stehen würde und darum empfehle ich Ihnen herzlich im Namen der Fraktion GAB, Überweisung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Béla Bartha das Wort.

Béla Bartha (GAB): Besser hätte ich es nicht ausdrücken können wie meine Vorrednerinnen. Das ist wirklich toll, was ich da gehört habe, danke vielmal. Natürlich sage ich sehr gerne etwas zum Votum von Joël Thüring. Das war sicher ein Paradebeispiel, weshalb ich überhaupt diesen Anzug gemacht habe. Es scheint doch ganz locker von den Lippen zu gehen, dass man sehr wohl weiss, dass es ein Klimaabkommen gibt von Paris und das dann ratifiziert hat, aber dann hintendran sagt, es ist alles nicht so ernst zu nehmen. Es ist ernst zu nehmen, um das geht es in meinem Anzug, es geht darum, das, was wir im Klimaabkommen von Paris ratifiziert haben, auf die Fläche und auf den Platz Basel zu bringen und das nicht irgendwo in einem internationalen Gremium stecken zu lassen, sondern effektiv zu schauen, dass wir Grundlagen schaffen in Basel, für Basel, in diesem Kanton, wo nämlich nachher die Umsetzung geschehen muss, damit wir überhaupt eine Wirkung hier erzielen für dieses Klimaabkommen, dass wir also effektiv auch Resultate haben. Das wird oft auch ein bisschen unterschätzt, dass wir sagen, wir haben eine wunderbare Strategie, aber am Schluss sind es Leute vor Ort, die in den Institutionen, in den Museen, in den Theatern arbeiten, die da mitarbeiten sollen und die das umsetzen sollen und die da auch mitgenommen werden sollen.

Wir haben jetzt gerade letzte Woche ein sehr schönes Beispiel gehört, nämlich von der Universität, die eine Methodik und auch Knowhow sich anschafft und das verarbeiten möchte und da auch vorangehen möchte, ohne dass es irgendeinen Druck oder Zwang von oben gibt, sondern von unten, von bottom-up Information, Knowhow zusammenträgt. Und wenn man dort fragt, was könnt ihr bringen zum Beispiel für die Kulturschaffenden, dann sagen sie, wir können sicher die Methodik, wie wir das gemacht haben, bringen, aber wenn es dann wirklich um die konkreten einzelnen Massnahmen geht, dann muss das aus den Institutionen heraus von selbst kommen. Dann muss das angepasst sein an die jeweilige Situation, wo die Mitarbeitenden, die Schauspieler, die Musizierenden wirklich aktiv sind. Und das ist eine ganz wichtige Erkenntnis, dass man einerseits die Massnahmen, die Ziele vorgibt, aber dann, wie es wirklich umgesetzt wird, in Kooperation mit den Menschen macht, die vor Ort agieren.

Und diese Brücke soll dieser Anzug zeigen und wenn wir nicht einmal im Kulturleitbild ein einziges Wort finden von einem Netto-Null-Ziel momentan, von 2020 bis 2025, dann fehlt da etwas, dann fehlt die Grundlage, auf der die Kulturschaffenden zum Beispiel arbeiten können. Und das zu unterlegen, zu untermauern, das ist ein Wunsch, den ich zum Beispiel an das Präsidialdepartement habe. Viel länger will ich nicht werden. Danke vielmal, dass Sie diesen Anzug unterstützen und wir sehen, was dann daraus wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001361, 20.09.23 20:22:18]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu Überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen bei 28 Gegenstimmen und einer Enthaltung.



30. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende

[20.09.23 20:22:26, 23.5298.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP bestreitet diesen Anzug. Der Kanton Basel-Stadt ist als einer der ersten Kantone dem Stipendienkonkordat beigetreten, das seit 2013 in Kraft ist. Das Stipendienkonkordat hat zum Ziel, die 26 kantonalen Stipendiengesetze zu harmonisieren. Dem Konkordat sind bereits 22 Kantone beigetreten. Die Beitrittskantone übernehmen die im Stipendienkonkordat festgehaltenen Grundsätze und Mindeststandards. Unter anderem sind die Grundsätze für die Bemessung der Stipendien definiert, so meine Information. Heute richtet sich die Höhe des Ausbildungsbeitrags nach dem Fehlbetrag im Budget der Person in Ausbildung. Dies führt zu einer gezielten und gerechten Vergabe von Stipendien an Personen, deren Ausbildung ohne Stipendium gefährdet wäre.

Ein Vergleich zwischen den Kantonen und ihren Unterstützungsleistungen ist schwierig, da nicht die Höhe der Stipendien, sondern deren zielgerichteter Einsatz und die erzielte Wirkung von Bedeutung sind. Stipendien haben eine subsidiäre Funktion. Es ist in kaum einem Kanton möglich, den Lebensunterhalt ausschliesslich mit Stipendien zu bestreiten. Es gibt alternative und ergänzende Möglichkeiten. Im Kanton Basel-Stadt gibt es Studienstiftungen, ich verweise hier auf das Basler Stipendienverzeichnis. Sollte jemand nicht in der Lage sein, die Ausbildung und den Lebensunterhalt mit den Eigenmitteln, Mitteln der Eltern und Stipendien zu finanzieren, so bietet der Kanton gegebenenfalls die Möglichkeit, ein Darlehen zu erhalten und es gibt natürlich auch die Möglichkeit, während der Ausbildung einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Eine Erhöhung der Beiträge ohne vertiefte Analyse, nur um zu den Kantonen mit den hohen Beiträgen zu gehören, lehnen wir ab. Wir bitten Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Es steht in diesem Anzug relativ viel Verschiedenes drin. Man spricht vom Teuerungsausgleich, von Lehrabbrüchen, von Chancengleichheit, etwas eine Durchmischung. Ich möchte vielleicht vorne anfangen beim Teuerungsausgleich.

Wir finden, es ist eher sachfremd, wenn wir finden, wegen der Teuerung müssen wir jetzt auch die Stipendien erhöhen. Da müsste man ja auch im Umkehrschluss bei einer negativen Teuerung diese Stipendien auch wieder senken in ein paar Jahren. Da wäre ich dann unsicher, ob dann die Anzugstellenden dafür sind. Dann wird von Lehrlingsabbrüchen gesprochen. Hier bestreiten wir, dass Lehrlinge eine Lehre abbrechen, weil sie zu wenig Möglichkeiten auf Stipendien haben. Das hat oft andere Gründe. Bei den Studierenden ist es gleich und dann ist es auch noch so, dass Regierungsrat Kaspar Sutter heute etwas sehr Interessantes gesagt hat. Er ist ja leider nicht hier im Saal, aber er hat gesagt, man soll den Mittelstand nicht gegeneinander ausspielen mit den Geringverdienenden.

Das ist ja etwas sehr Richtiges und das unterstütze ich ja auch im Grundsatz. Nur ist es momentan einfach in diesem Kanton der Fall, dass ein einseitiger Fokus auf die Geringverdienenden stattfindet. Man erhöht die Sozialhilfe, den Grundbetrag wegen der Teuerung, wegen den erhöhten Stromkosten erhöht man die Prämienverbilligungen. Wir haben heute zahlreichen sozialpolitischen Vorstössen zugestimmt, wir wollen hier die Stipendien erhöhen. Und verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin nicht gegen sämtliche Massnahmen, nur Fakt ist auch, dass es in diesem Kanton auch Menschen gibt, die arbeiten, die vielleicht ein Einkommen erzielen, welches gerade über diesen Voraussetzungen liegt, vielleicht nur ein paar 100 Franken, und diejenigen profitieren überhaupt nicht davon.

Selbstverständlich sind auch wir für einen Sozialstaat, damit die Geringverdienenden in Würde leben können, aber wir müssen auch etwas für diesen Mittelstand machen, der genau über diesen Voraussetzungen liegt. Und anstatt hier ständig den Sozialstaat ins Uferlose auszubauen, müssen wir jetzt sofort daran tun, die Steuern wieder zu senken, damit auch diese Menschen im Mittelstand wieder profitieren können und damit es eben keine Ausspielerei ist, sondern dass alle davon profitieren. Aber momentan findet dieser einseitige Fokus statt und aus diesem Grund geht uns auch dieser Anzug zu weit und wir bitten Sie, diesen abzulehnen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GAB): Ich spreche heute auch für die SP-Fraktion. Wir sind uns alle einig, dass Stipendien extrem wichtig sind. Die Bildung muss im Sinne der Chancengleichheit und unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund zugänglich sein. Dass Basel-Stadt in den Stipendienbeiträgen unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt, ist ein Fakt. Ein Fakt ist auch, dass sich seit 15 Jahren die gesprochenen Beiträge kaum verändert haben. Es gibt vielleicht Gründe, wieso Basel-Stadt unter diesem schweizerischen Durchschnitt liegt, vielleicht gibt es auch Gründe, wieso sich die Beträge in den letzten 15 Jahren kaum verändert haben. Es gibt Studien, die behaupten, dass finanzielle Probleme kein Grund für Lehr- und Studienabbrüche sind. Es gibt aber auch Studien, die das Gegenteil behaupten. Schlussendlich ist es extrem wichtig, dass die Regierung Stellung dazu bezieht, denn falls das Stipendienwesen eine Schwachstelle hat, sollten wir diese so schnell wie möglich beheben. Stipendien sind schliesslich eine Investition in unsere Zukunft, gegen Fachkräftemangel, gegen Armut, für die Gesellschaft und für die Wirtschaft.

Ich verstehe die Argumente der Gegenseite, aber da der Anzug prüfen und berichten soll, empfehlen wir, ihn zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Regelmässig ringen wir darum, dass wir genügend Personal mit guter Ausbildung haben und Jahr für Jahr beim Lehrstellenbericht spätestens wird es ein Thema, dass wir in Basel-Stadt die Quote nicht erreichen. Dieses Ziel wäre, dass Leute mit 25 eine Ausbildung abgeschlossen haben. Stipendien sind nicht der einzige Weg natürlich, um jetzt hier weiterzukommen und es stimmt sicher, dass nicht die Mehrheit der Lehrabbrüche auf Finanzgründe zurückzuführen sind. Aber so zu tun, als würde der Anzug behaupten, das sei der Fall, das ist jetzt auch Dinge in diesen Text hineingelesen, die da nicht stehen. Es gibt aber Menschen, die aus finanziellen Gründen eine Ausbildung nicht abschliessen können. Für einmal kann auch niemand der Gegner das Wort Basler Finish negativ brauchen, denn hier ist Basel wirklich eher am hinteren Ende der zweiten Hälfte.

Natürlich kann man noch genauer hinschauen. Man kann feststellen, überlegen, warum sind diese Unterschiede zwischen den Kantonen vorhanden. Aber da kann man doch auch sagen, es ist ja nicht so, dass in Basel zum Beispiel das Leben sehr viel billiger wäre und man darum zu Recht hier auch wenig Geld braucht, wenn man in Basel eine Ausbildung absolviert. Das würde ich jetzt mal als Grund ausschliessen und die Wirksamkeit ist natürlich schwierig zu messen. Kommen wir dann dahin, dass wir sagen, ein Stipendium für die Wirtschaft, für die Studienrichtung 1, das geben wir, weil das mehr Geld bringt am Schluss als für die Studienrichtung 2. Das wird ja wahrscheinlich auch nicht so gehen. Und wie meine Vorrednerin gesagt hat, es geht ja um prüfen und berichten, damit hat man noch keine Erhöhung beschlossen, auch noch nicht festgelegt, wo die genau liegt. Wir können einfach feststellen, Basel ist hier sicher nicht an vorderster Front.

Es ist sicherlich so, dass wir etwas unternehmen wollen, um zu fördern, dass junge Menschen eine gute Ausbildung nicht nur anfangen, sondern auch beenden und dass da auch nicht Potential verloren geht, wenn Sie aus Familien kommen, die sich das nicht leisten können. Und ich denke auch, jetzt zu sagen, dass hier einmal mehr irgendwie der Mittelstand zu kurz kommt, durchaus auch Mittelstandsfamilien können profitieren, es soll ja einkommensabhängig sein. Und natürlich gibt es da auch im Mittelstand noch Familien, die wahrscheinlich eine Finanzsituation haben, die die Berechtigungen mit sich bringen und selbstverständlich irgendwo ist halt eine Grenze, es können nicht alle das Geld bekommen. Das scheinen mir ein bisschen Ausreden zu sein, um da mal hinzuschauen und wenigstens anzuschauen, ob da nicht ein Handlungsbedarf wäre. In dem Sinne bitte ich Sie, hier zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Brigitte Gysin, von BKK-Kollege zu BKK-Kollegin, Sie haben jetzt die Lehrstellen angesprochen. Haben Sie eine Evidenz im Lehrstellenbericht, dass diese spezifische Thematik, die Amina Trevisan in ihrem Anzug jetzt hier vorbringt, dazu geführt hat, dass Lehrstellen abgebrochen worden sind oder gewisse Personen deshalb keine Lehrstelle angetreten haben? Gibt es dafür eine Evidenz?

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich habe den Lehrstellenbericht im Kontext erwähnt, dass wir dann immer uns darüber beklagen, dass wir diese Quote nicht erreichen. Ich habe keine Evidenz, aber ich kenne Einzelfälle und das reicht ja eigentlich. Es geht ja nicht darum, jetzt möglichst vielen Leuten das zuzugestehen, sondern nur denen, die es brauchen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich schliesse mich gleich dem Votum von Brigitte Gysin an, denn in Anbetracht der niedrigen Abschlussquote von 85,1 Prozent in der Erstausbildung junger Menschen in Basel-Stadt ist es für die Grünliberalen von Bedeutung zu prüfen, ob die Höhe der Stipendienbeiträge ein möglicher Faktor für diese Problematik ist. Die geringe Abschlussquote auf der Sekundarstufe 2 hat schwerwiegende Konsequenzen für die Betroffenen. Ihre beruflichen Möglichkeiten sind begrenzt, sie tragen ein erhöhtes Arbeitslosenrisiko und leiden unter Einkommensungleichheit sowie eingeschränktem Zugang zu Weiterbildung. Dieser Umstand beeinträchtigt nicht nur ihre persönliche Entwicklung, sondern kann auch zu einer sozialen Belastung für die Gesellschaft führen.

Wenn also die Erhöhung der Stipendienbeiträge, allenfalls an den Schweizer Durchschnitt, mehr Basler Schülerinnen und Schüler grössere berufliche Chancen in Bezug auf ihre Erstausbildung ermöglicht, ist dies sinnvoll und ein Kriterium, um sicherzustellen, dass Bildung für alle gleichermassen erreichbar ist. Angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten sollten wir diesem Umstand auch bezüglich der Stipendienbeiträge Rechnung tragen und die finanzielle Belastung während der Erstausbildung gezielt mindern, wo es notwendig ist. Andernfalls können wir die Bildungschancen junger Menschen negativ beeinflussen, da einige aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation von weiterführenden Bildungs- oder Ausbildungsmöglichkeiten absehen könnten.

Es ist auch wichtig zu betonen, dass individuelle Umstände und Lebenssituationen variieren. Nicht alle Auszubildenden wohnen während ihrer Grundausbildung bei ihren Familien. Einige tun dies möglicherweise aufgrund schwieriger Familienverhältnisse nicht, andere beginnen direkt nach der Volksschule zu arbeiten, eventuell bedingt durch die wirtschaftliche Situation ihrer Familien. Unser Ziel sollte sein, das Potenzial junger Menschen zu fördern und den Zugang zu Bildung nicht zu behindern. Die Regierung ist bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen und zu berichten. Die Grünliberalen sind auf das Ergebnis gespannt und in diesem Kontext empfehlen wir, den Vorstoss auch zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Anzugstellerin Amina Trevisan hat das Wort.

Amina Trevisan (SP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion. Bildung ist die wichtigste Ressource der Schweiz. Zu diesem Gut gilt es Sorge zu tragen. Wir müssen es optimal fördern und nutzen. Das ist nur möglich, wenn alle Menschen möglichst gleiche Bildungschancen haben. Gleichzeitig leben wir in einer Gesellschaft, in der die Bildungschancen ungleich verteilt sind. Gemäss dem Prinzip der Chancengerechtigkeit müssten allen Menschen nicht nur der Zugang zur Ausbildung gleichermassen offenstehen, sondern auch faire Chancen zur Überwindung von Nachteilen und zur Entdeckung von Potenzialen. Heute hängt das individuelle Ausbildungsniveau in der Schweiz jedoch noch stark von jenem der Eltern oder von deren Geldbeutel ab. Das gleiche Recht auf Bildung ist somit nicht eingelöst. Ein gut ausgebautes Stipendienwesen ist somit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Aber was bedeutet dies für stipendienberechtigte Schüler*innen, Lernende, Studierende, wenn die Ausbildungsbeiträge nicht ausreichen.

Ich möchte an dieser Stelle eine kurze Differenzierung zwischen Studium und Lehre im Zusammenhang mit Stipendien vornehmen. Ich beginne mit dem Studium. Für viele junge Erwachsene bedeutet das Studium eine Doppelbelastung. Die Ausbildung und das studentische Leben kosten Geld, so dass Studierenden trotz Begabung und Motivation teilweise der Zugang zur universitären Weiterbildung verwehrt bleibt. Gleichzeitig gibt es zahlreiche soziologische und erziehungswissenschaftliche Studien, die deutlich darlegen, dass Studienabbrüche oft mit finanziellen Problemen einhergehen. Im Sinne der Chancengleichheit soll durch Stipendien allen Interessierten, unabhängig vom soziökonomischen Hintergrund, der akademische Zugang ermöglicht werden. Von rund 1'900 Stipendienberechtigten sind ein Drittel, also 625 Studierende im Kanton Basel-Stadt auf Stipendien angewiesen. Von diesen Studierenden wird erwartet, sie sollen ihr Studium mit einem Nebenerwerb mitfinanzieren, es aber gleichzeitig nicht gefährden. Sollte es nicht vielmehr so sein, dass existenzsichernde Stipendien ausbezahlt werden?

Kommen wir nun zu den Lernenden. Wenn die Rede davon ist, dass die vorzeitige Auflösung des Ausbildungsverhältnisses oder gar der Lehrabbruch von jungen Lernenden nicht mit finanziellen Problemen zusammenhängen, klingen diese Aussagen für viele armutsbetroffenen und ökonomisch benachteiligten jungen Menschen wie der blanke Hohn. Auch wenn es in der Schweiz nur wenige aktuelle Studien zu Lehrvertragsauflösung gibt, geht aus diesen hervor, dass die vorzeitige Auflösung des Ausbildungsverhältnisses in Abhängigkeit von Beruf, Branche und sozialen Merkmalen wie der Nationalität, dem Geschlecht und der Einkommenssituation der Eltern stehen. Lernende und Berufsbildner*innen nannten in Studien mehrere Gründe, warum es aus ihrer Sicht zu Lehrvertragsauflösungen kommt. Am häufigsten werden Gründe im Zusammenhang mit defizitären schulischen und betrieblichen Leistungen sowie mit mangelndem Interesse am Lehrberuf genannt, aber auch innerbetriebliche Konflikte scheinen insbesondere für die Lernenden eine Ursache für die



Vertragsauflösung zu sein. Zudem führen viele Lernende Vertragsauflösungen auf betriebsinterne Ursachen wie fehlende Mitbestimmung, unangenehme Arbeit und mangelnde Sachkompetenz der Berufsbildner*innen zurück. Die Berufsbildner*innen hingegen geben häufig betriebsexterne Gründe wie mangelnde Reife und Probleme der Jugendlichen im Elternhaus an. Und genau diese Probleme der Jugendlichen im Elternhaus stehen oft in Korrelation mit finanziellen Problemen der Familie. Finanzielle Probleme in den einkommensschwachen Familien wirken sich wiederum auf die psychische Gesundheit von Jugendlichen aus und bei psychisch belasteten jungen Menschen bestehen zudem höhere Risiken für eine Auflösung von Ausbildungsverträgen oder gar Lehrabbrüchen.

Ich komme zum Schluss. Der Hochschulkanton Basel-Stadt, der zu Recht auf seinen Bildungs- und Forschungsstandort sowie auf das duale Bildungssystem stolz ist, kann sich bei der Vergabe von Stipendien für Schüler*innen, Lernende und Studierenden im schweizweiten kantonalen Vergleich nicht mit dem 17. Rang zufrieden geben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001364, 20.09.23 20:42:08]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu Überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 60 Ja-Stimmen bei 33 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

42. Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Raffaella Hanauer betreffend CO₂-Abscheidung bei der Kehrichtverwertungsanlage der IWB in Basel

[20.09.23 20:42:24, 23.5299.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Roger Stalder (SVP): Die SVP bittet Sie, den Anzug nicht zu überweisen. Wir bestreiten nicht, dass diese Anlage das kann, die kann das ganz sicher und man käme dem Ziel dann auch sehr nahe bei dieser KVA, das auf null zu bringen. Nur der Anzug sagt aber nicht, was das Problem ist. Das Problem ist, das CO₂ muss man nachher wegtun und das kann die Schweiz nicht. Die Schweiz hat dort die Hoffnung gehabt, dass Deutschland das dann in ein Endlager nehmen könnte. Nur das Problem ist, diese Endlager sind so umstritten, dass die Umweltverbände Sturm gelaufen sind in Deutschland und so gross Sturm gemacht haben, dass es in Deutschland im Moment sogar verboten ist, solche Anlagen anzuwenden. Und darum sind wir nicht der Meinung, dass das Basel jetzt hier machen muss, weil man dann einfach das Netto-Null will, aber der Müll kann jemand anders haben. Im Moment gäbe es auch nur Endlager in Norwegen oder in Holland und auch ein Experte in Deutschland sagt ganz klar, und das ist ein grosser Befürworter, der einzige in Deutschland sagt dort, wenn man das rentabel machen will, dann ist das nicht mit LKW, was man jetzt schon macht, sondern das wäre mit einer Pipeline.

Das ist jetzt einfach eine Schuhnummer zu gross für Basel und darum bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.



Raffaela Hanauer (GAB): Wir haben eine Volksabstimmung gehabt zur Klimagerechtigkeit. Wir haben nun ein Netto-Null-Ziel in der Verfassung und daher müssen wir uns auch die unangenehmen Fragen zu stellen beginnen. Es stimmt, die Kehrichtverbrennung, die stösst CO₂ aus und ja, das CO₂ ist unangenehm. Wenn wir es aus der Atmosphäre nehmen, ja, es gibt Endlagerungsprobleme.

Die unangenehme Frage, die wir uns aber wirklich hier stellen müssen, ist, die Kehrichtverbrennungsanlage, heute wärmt sie unsere Haushalte, aber sie verbrennt eben auch unseren Abfall. Und bisher haben wir immer darüber diskutiert, dass das eigentlich ein guter Synergieeffekt ist, dass das grundsätzlich positiv ist, dass wir diese Verbrennung doppelt benutzen können. Die unangenehme Frage müssen wir jedoch diskutieren. Was machen wir mit dem CO₂, welches wir in die Atmosphäre stossen, wenn wir unseren Abfall verbrennen. Aus grüner Sicht ist klar, weniger Abfall produzieren, möglichst keinen Abfall produzieren, weniger verbrennen ist am wichtigsten. Das sollte eigentlich der Plan A sein. So kommen wir auch um die Endlagerungsproblematik, die Roger Stalder angesprochen hat, herum und dies müssen wir immer mitdenken, wenn wir über diese Thematik sprechen.

Wir müssen uns auch bewusst sein, die Klimakrise ist real, das CO₂, das wir heute ausstossen, das hat einen Effekt. Es hat einen Effekt auf unsere Lebensqualität hier, aber auch, und zwar noch viel massiver und stärker, auf die Lebensqualität in den Ländern des globalen Südens. Klar ist, wir brauchen einen Plan B, wenn wir das Netto-Null-Ziel hier erreichen wollen. Wir können nicht nur darauf setzen, dass wir mit dem Abfall komplett auf null kommen, auch wenn wir Grünen uns das wünschen würden. Basel braucht bis 2037 ganz klar eine Lösung für die Kehrichtverbrennungsanlage und das CO₂, das wir dort ausstossen.

Wir haben nun vier Optionen. Erste Option: Wir können wirklich einfach keinen Abfall mehr produzieren und diesen auch nicht verbrennen, unsere Fernwärme mit anderer Energie speisen. Option 2: Wir können Zertifikate kaufen. Option 3: Wir können Daumen drehen und uns diesem Problem 2036 annehmen, ein Jahr bevor wir den Verfassungsauftrag erfüllen müssen. Oder Option 4: Wir können vorwärtsmachen, wir können uns dieser unangenehmen Frage annehmen. Wir können unsere Pionierrolle, die wir ja so gerne einnehmen würden, auch wirklich versuchen einzunehmen und daher würde ich Sie bitten, diesen Anzug zu überweisen, damit wir die Grundlage für diese Diskussion in Zukunft sehr rasch haben.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir haben von der Basler Stimmbevölkerung den Auftrag erhalten von Netto-Null 2037. Wir haben Ihnen bereits im Bericht des Regierungsrates zum Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative aufgezeigt, dass es dabei auch Brutto noch Emissionen geben wird in Basel. Das war mit dem Datum 2040, aber das ist für 2037 ja das gleiche oder auch noch ein bisschen verstärkt. Das heisst, wir brauchen negative Emissionstechnologien, um das Ziel zu erreichen und ja, CCS ist eine mögliche Variante, eine wichtige, die aber heute noch nicht bei der technologischen Entwicklung ist, die es sein müsste, um das zahlbar und vor allem auch energieeffizient einsetzen zu können. Heute braucht es noch sehr viel Energie, das kostet auch viel Geld, aber es ist trotzdem wichtig, dass die IWB und der Kanton auf diesen Weg geht, dass man anschaut, wie sich diese Technologie entwickelt, dass man auch schauen kann, wo kann man die einsetzen. Es gibt diverse Punkte bei uns im Kanton. Die KVA, die Ende Dreissigerjahre sowieso erneuert werden muss, ist sicher der grösste Punkt. Aber wir haben auch Holzschneitzelheizungen, wo man auch CO₂ je nachdem rausfiltern könnte.

Deshalb ist der Regierungsrat auch bereit, diesen Anzug entgegenzunehmen mit dem Auftrag auch an die IWB, sich da fit zu machen in dieser Technologie, auch die technologische Entwicklung zu verfolgen, um dann auch die richtigen Entscheide fällen zu können in der Zukunft. Deshalb ist der Regierungsrat bereit, diesen Anzug entgegenzunehmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Nur ganz kurz ein kleiner Hinweis aufgrund des Votums von Roger Stalder. Sie können sehr wohl sehr beruhigt dem Anzug zustimmen. Also erstens ist es natürlich absolut notwendig, das haben wir jetzt gehört, für Netto-Null 2037 und zweitens ist der Bund nun dabei, sich Regulierungen zu überlegen für eine CO₂-Pipeline. Also diese Idee der CO₂-Pipeline ist natürlich schon in Diskussion. Es ist auch klar, dass es dazu Regulierungen braucht und Voraussetzungen, um das zu installieren. Der Bund hat einen etwas weiteren Zeithorizont mit 2050. Wir sind etwas schneller, aber das heisst, wir müssen jetzt beginnen, dass wir dann auch, wie Regierungsrat Kaspar Sutter gesagt hat, fit sind, wenn die Pipelines dann kommen, dass wir die auch befüllen können und nicht erst dann anfangen zu überlegen, wie wir das CO₂ abschalten können. Also ich bitte Sie auch, diesen Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Anzugsteller Franz-Xaver Leonhardt hat das Wort.



Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin sehr dankbar, dass die Regierung unseren Anzug von Raffaella Hanauer und mir entgegennehmen möchte. Wir haben ja viele Fragen gestellt. Ich denke auch, die zwei Jahre werden Sie nutzen, diese Antwort zu geben. In zwei Jahren wird sehr viel passieren und es ist tatsächlich so, dass diese Pipelines jetzt angedacht sind. Es ist sicher nicht so, dass die Idee ist, dass wir da noch zusätzlich beim Entsorgen von diesen Emissionen wieder Emissionen verursachen. Aber ich möchte doch hier festhalten, dass wir hier in Basel einen sehr grossen Klimafussabdruck haben und ich denke, auch wenn die SVP sagt, es ist eine Schuhnummer zu gross, ja, wir leben auf grossem Fuss. Aber ich denke, genau wir sind verpflichtet, dieser Technologie, die heute teuer ist, noch Energie braucht, einen Schub zu geben, dass wir forschen, dass die Wirtschaft mit der Universität hier Lösungen sucht, die dann, auch wenn Sie kopiert werden, viel günstiger werden. Dass wir hier First Mover sind, wir auch ein Zeichen nach Bern geben und jetzt hier diese Antworten machen.

Ich hätte sehr gewünscht, was die Argumente der LDP sind, den Anzug nicht zu überweisen, aber Sie haben geschwiegen. Das ist auch ein Zeichen. Ich bin sehr dankbar, wenn Sie diesem Anzug zustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Roger Stalder.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001366, 20.09.23 20:53:01]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu Überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 65 Ja-Stimmen bei 22 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

43. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend temporäre Massnahmen für die Sicherheit von Velofahrenden bei Baustellen

[20.09.23 20:53:13, 23.5326.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Patrick Fischer (SVP): Sie sehen und hören es, die SVP ist mal wieder dagegen. Ich kann sie beruhigen, nachher sind wir dann wieder mal dafür. Die SVP ist gegen diesen Anzug, nicht weil wir etwas gegen Velofahrer haben und auch nicht, weil hier, wenn auch nur temporär, Parkplätze verschwinden könnten. Wir erachten diesen Anzug als schlicht unnötig. Bereits jetzt kann bei Baustellen bei Bedarf eine Temporeduktion signalisiert werden. Auf Velostrassen, im Anzug erwähnt, gilt bereits jetzt ausschliesslich Tempo 30.

Und nun zum Beispiel von der Maulbeerstrasse, das im Anzug hier erwähnt wird. Velofahrer mussten hier anhalten und den Gegenverkehr abwarten, anhalten und sogar absteigen. Ja, das ist so, Verkehrsteilnehmer müssen gegenseitig auf sich Rücksicht nehmen. Das kann auch einmal dazu führen, dass ein Fahrradfahrer anhalten und warten muss. Das ist aber auch nicht schlimm. Fahrräder sind in Basel bereits jetzt sehr privilegiert. Velostrassen, Velostreifen, erlaubtes Befahren von Einbahnstrassen, schnelleres Umschalten von Verkehrsregelanlagen, Rechtsabbiegen bei Verkehrsregelanlagen und man



kann das Fahrrad überall parkieren. Man ist mit dem Fahrrad immer noch am schnellsten unterwegs, ich selbst fahre jeden Tag Fahrrad. Die letzten gefährlichen Situationen, die ich aber erlebt habe, fanden durch Velofahrer auf Velostrassen statt mit und ohne E Antrieb. Häufig waren diese mit mehr als 30 km/h unterwegs.

Und nun zum Lichtraum. Ich muss zugeben, dieses Wort musste ich zuerst einmal googeln. Baustellensignale müssen bereits jetzt schon so aufgestellt werden, dass sie niemanden behindern oder gefährden. Baustellen werden auf ihre Verkehrssicherheit geprüft, genehmigt und kontrolliert. Gefahrenstellen können zudem einfach über die Homepage der Polizei mit wenigen Klicks gemeldet werden.

Und dann noch eine letzte Bemerkung. Massnahmen sollen den Fahrkomfort aufrechterhalten. Ich bin für Fahrkomfort, frage mich aber, warum bei Velofahrern der Fahrkomfort mehr zählt als bei anderen Verkehrsteilnehmern, zum Beispiel beim Autofahren, denn da wird gezielt verhindert. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SVP, diesen Anzug abzulehnen.

Anouk Feurer (GAB): Baustellen sind unvermeidbar, um die Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern. Dadurch entstehen Situationen, die unpraktisch für alle Verkehrsteilnehmenden sind. Dabei dürfen wir die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden nicht vergessen. Durch Baustellen werden die ohnehin schon engen Platzverhältnisse noch prekärer. Das fällt auch auf, wenn die Baustellenbeschilderung auf Kopfhöhe von Velowegen und aufs Trottoir ragen. Das ist nicht zuletzt auch für Menschen mit Sehbehinderungen extrem gefährlich. Mit dem Ausbau der Fernwärme müssen wir uns an die vielen Baustellen gewöhnen beziehungsweise lernen mit ihnen umzugehen. Denn trotz den zahlreichen Baustellen sind viele mit dem Velo unterwegs. In Basel ist das Velo als Verkehrsmittel beliebt und darf auch gerne noch beliebter werden. Dafür braucht es aber gute und vor allem auch eine sichere Infrastruktur. Deshalb ist es wichtig, dass man beim Planen und Durchführen von Baustellen ein spezielles Augenmerk auf Velos legt.

Der Anzug von Jérôme Thiriet beinhaltet wichtige Lösungsansätze, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden bei Baustellen zu gewährleisten. Tempo 30 ist dabei eine einfache und kostenlose Massnahme, die schon sehr viel bewirkt. Auch die Forderung nach besonders velofreundlichen Richtlinien für Baustellen an Velostrassen sind begrüssenswert. Eine Baustelle sollte dem Umstand der Priorisierung von Velos nichts ändern. Basel möchte eine Velostadt sein. Was wir heute schon sind, ist eine Stadt der Baustellen. Auch diese müssen wir auf dem Weg zum Velo-Mekka velofreundlich gestalten. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des GAB, diesen Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Beat Schaller. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Der Anzug bezieht sich ja auf die Sicherheit von Velofahrern. Sie haben im Votum erwähnt, dass Baustellen gefährlich sind für sehbehinderte Menschen. Sind Sie allen Ernstes der Meinung, Sehbehinderte sollen Velofahren?

Anouk Feurer (GAB): Nein, natürlich lieber nicht, aber ich habe davon bei Trottoirs gesprochen, weil die Schilder manchmal auf das Trottoir ragen und mit dem Gehstock sieht man ja nicht, dass diese auf das Trottoir ragen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit hat der Anzugsteller Jérôme Thiriet das Wort.

Jérôme Thiriet (GAB): Ich muss zugeben, ich habe mich schon ein, zwei Sekunden lang gefreut, als Beat Schaller still, regungslos geblieben ist bei diesem Anzug und ich habe gedacht, es ist jetzt einmal vorbei, dass die SVP jeden noch so harmlosen Veloanzug bestreitet. Und in dem Moment ist Patrick Fischer auf die Bühne getreten und hat es doch tatsächlich geschafft, uns hier noch ein bisschen eine längere Nachtsitzung zu beschern und auch mir nochmals hier ein Votum beschert. Ich will aber eigentlich gar nicht mehr allzu lange auf das Kernthema eingehen. Anouk Feurer hat das eigentlich sehr gut schon dargelegt und dabei auch eigentlich die Anspruchsgruppe von Beat Schaller einfließen lassen respektive berücksichtigt.

Es ist klar, diese Baustellen werden einfach irgendwie ausgeschildert und gebaut und vielleicht gibt es Regulationen oder Vorschriften, auf jeden Fall werden die nicht eingehalten. Das ist ein Ärgernis für Velofahrer*innen, es ist vermutlich auch ein Ärgernis für die Autofahrer*innen. Der Unterschied ist, dass die Autofahrer einigermaßen sicher sind in ihren Autos und darum auch komfortabel unterwegs sind, aber die Velofahrer*innen halt eher nicht. Und dort könnte man, wenn man einmal den Anzug überweist, die Regierung bitten zu schauen, wie man das vielleicht ein bisschen vereinheitlichen könnte, dass überall die gleichen Regeln gelten bei diesen Baustellen, wo man sich daranhalten muss, damit es für alle sicherer und einfacher wird, dort vorbeizufahren.



Den Anzug habe ich eigentlich gemacht, weil es wirklich nicht absehbar ist, dass es weniger Baustellen gibt in dieser Stadt, sondern mit dem ganzen Fernwärmeausbau wird uns das noch ganz lange beschäftigen und dann sind wir doch froh, wenn wir für alle Verkehrsteilnehmenden immer gute Voraussetzungen respektive Rahmenbedingungen haben, wie solche Baustellen ausgeschildert sein müssen und die entsprechenden Verkehrsmassnahmen rundherum gemacht werden. Darum bitte ich Sie, auch entgegen der Meinung von Patrick Fischer, diesen Anzug doch bitte zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001368, 20.09.23 21:03:17]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 Ja-Stimmen bei 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

44. Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Sperrung Brunngässlein, St. Alban-Graben und Elisabethenstrasse

[20.09.23 21:03:32, 23.5327.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Jean-Luc Perret (SP): Es war ja mein Anzug, der am Ursprung des neuen Verkehrskonzeptes für den Bankverein stand. Ich habe mich über dieses Konzept sehr gefreut und bin deshalb umso mehr irritiert über diesen Gegen-Anzug und entsprechend motiviert, diesen zu bekämpfen.

Im Frühling und im Frühsommer dieses Jahres wurde die Hardstrasse saniert und es gab noch weitere Baustellen in der Umgebung des Aeschenplatzes. Dies führte teilweise zu einer Verkehrsüberlastung, soweit gebe ich Ihnen recht. Davor allerdings hatten wir bereits drei Jahre lang eine Sperrung des Bankvereins wegen der Baustelle des Kunstmuseum-Parkhauses und da ist der Verkehr nicht zusammengebrochen. Scheinbar hat sich also nicht der ganze Verkehr auf den Aeschenplatz verlagert und das wird er auch in Zukunft nicht tun. Dies sollte also die Ausgangssituation sein, nach der wir beziehungsweise Sie alle diesen Anzug beurteilen und nicht ein von der Autolobby heraufbeschworenes Problem, das wir noch gar nicht haben. Bis zur Sanierung des Aeschenplatzes wird es noch Jahre dauern. Nach den UVEK-Beratungen fürchte ich sogar mit Jahrzehnten. Sollte es dann während der Bauzeit doch wieder eine Umfahrungsrouten brauchen, kann man von mir aus auf den Bankverein zurückkommen. Man muss ihn aber nicht jetzt schon vorsorglich über Jahre und auf unbestimmte Zeit offenhalten.

Mein Vorstoss wollte ja vor allem einen Mehrwert schaffen. Er wollte etwas Gutes tun für die zu Fuss Gehenden, für die Trams und für das Verkaufsgewerbe in diesem Teil der Innenstadt. Vom Potenzial dieses Teils konnten wir uns ja gerade am vorletzten Wochenende am Flâneur Festival alle überzeugen. Also ich bitte Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Wir lösen die Verkehrsprobleme am Aeschenplatz nicht, indem wir den motorisierten Verkehr 300 Meter näher an die Innenstadt umleiten. Das kann nicht das sein, was wir unter einer modernen Stadtentwicklung verstehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.



Pascal Messerli (SVP): Mit Blick auf die Kreuztabelle lässt sich feststellen, dass die GLP, Listenverbindungspartnerin von FDP, LDP und Mitte gemeinsam mit Rot-Grün einmal mehr eine autofeindliche und kompromisslose Verkehrspolitik anstrebt. Anstatt diesen pragmatischen Anzug von Daniel Seiler zu unterstützen, möchte man hier ein Verkehrschaos, ein Verkehrskollaps herbeistreiben. Es ist ja völlig klar, dass der Anzug von Daniel Seiler nicht das Ziel hat, dass der St. Alban-Graben und die Elisabethenstrasse ewig geöffnet bleiben. Man kann auch die Umgestaltung des Aeschenplatzes, lieber Jean-Luc Perret, mal 10 rechnen, dass es noch 50 Jahre dauert, aber so ist es ja in der Realität eigentlich nicht. Dementsprechend wäre das doch jetzt ein anständiger Kompromiss, um hier diesen Verkehrskollaps, wenn er dann stattfindet, bei der Umgestaltung des Aeschenplatzes entgegenzuwirken.

Ich finde, Sie spielen hier auch etwas ein falsches Spiel. Sie wollen alle von der rot-grünen Seite diese 10-Millionen-Schweiz, sind aber nicht bereit, die infrastrukturellen Konsequenzen zu tragen. Es ist doch völlig klar, dass bei der Zuwanderung nicht alle mit dem Kistenvelo in die Schweiz kommen. Selbstverständlich führt das in mehreren Jahren zu einem noch grösseren Verkehrskollaps, wie wir es jetzt schon haben. Gehen Sie mal jetzt schon nach Feierabend auf die Strassen, überall haben wir in dieser Region einen Kollaps und das kann man nicht einfach verbessern, indem man einfach Strassen sperrt. Es ist ein Fakt, dass sehr viele Leute auf ein Auto angewiesen sind, dass wir Transitverkehr haben, etc., und diese Situation wird sich in den nächsten Jahren zuspitzen und deshalb müssen wir hier auch vernünftige Lösungen finden.

Daniel Seiler hat hier mit seinem Anzug einen vernünftigen Kompromiss eigentlich erarbeitet und dem kann man jetzt eigentlich zustimmen und das hier abzulehnen, zeigt einfach, dass Sie hier bei der Verkehrspolitik kompromisslos sind. Dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug zu unterstützen und hier auch eine unideologische Verkehrspolitik anzustreben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich weiss jetzt nicht, was dieser Anzug mit der Listenverbindung zu tun hat. Wir sind halt kurz vor den Wahlen und dies auch in diesem Saal, aber ich möchte sachlich bleiben. Auch von Kollaps des Verkehrs in der Innenstadt, denke ich, ist keine Rede. Wir haben ein Problem.

Ich bin auch nicht immer der gleichen Meinung wie der Anzugssteller in der Verkehrsfrage und Parkierungsfrage, aber diesen Anzug jetzt mal zu überweisen, finde ich richtig. Denn ich habe vor Ort festgestellt, als wir den Bau des Kunstmuseum-Parkings hatten, ist einfach der Verkehr nicht über den Aeschenplatz gefahren, sondern durch das Brunngässlein zum Beispiel am Samstagabend um 11 Uhr Korso wie zu den besten Zeiten in der Steinenvorstadt. Und wenn wir das haben, möchte ich einfach hier auch unsere Regierungsräte bitten, dass wenn Sie dann die Elisabethenstrasse sperren, einfach schauen, dass der Verkehr dann nicht bei uns landet. Und da bin ich auch sehr mal für mich, aber ich muss sagen, wir haben es heute alle gesehen, dass wir nicht die grüne Wand hatten am Marktplatz. Ich habe das sehr geschätzt, nicht diese Trams hintereinander, sondern es war, glaube ich, noch ein Tram, das durchgefahren ist. Also ich habe das sehr geschätzt. Ich fand die Ausweichroute über die Wettsteinbrücke sehr clever und ich möchte einfach sagen, wir werden hier vielleicht mehr Trams haben und vielleicht hat das Auto auch noch Platz.

Das möchte ich mitgeben und ich werde hier diesen Anzug unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Die UVEK hat sich sehr viel Zeit genommen, damals das Geschäft Aeschenplatz zu beraten und wir haben uns auch damit auseinandergesetzt, ist dieser Anzug von Jean-Luc Perret, der den autofreien Bankverein damals gefordert hat inklusive St. Alban-Graben, Klosterberg, Brunngässlein, vereinbar mit den Plänen für den Aeschenplatz und die Verkehrsexpertin hat uns klar dargelegt, ja, das ist er. Wir haben also hier mal eine Basis. Die zweite Basis, das hat Jean-Luc Perret auch schon erwähnt, waren die letzten Jahre, als die Baustelle des Kunstmuseums war und dort hat man gesehen, auch da funktioniert es. Und ich möchte gerade mein Vorredner beruhigen, das Brunngässlein ist ja dort auch dabei. Also auch das wäre dann vom Autoverkehr befreit und es würde dann nicht nachts um 11 zu diesen Rundfahrten dort kommen.

Und zu meinem Vorredner, der den Kompromiss angesprochen hat. Es gibt einen ganz grossen Kompromiss, der heisst, die Innenstadt ist autofrei, für den Fussverkehr da, für die Aufenthaltsqualität da, um die Geschäfte zu unterstützen, Onlinehandel, teure Mieten, damit sich die Leute dort gerne aufhalten. Und für mich ist der Klosterberg, der Bankverein Teil der Innenstadt und im Gegenzug hat man auch dieses Kunstmuseum-Parking am Rande der Innenstadt toleriert und dafür



aber gesagt, der Autoverkehr soll eben um die Innenstadt, zum Beispiel über den Aeschenplatz gehen. Und dieser Kompromiss sollte nach wie vor gelten unserer Ansicht nach.

Und der dritte Punkt ist, wir wissen gar nicht, wann der Aeschenplatz umgebaut wird. Das ist referendumsfähig. Vielleicht wenn das Geld nicht gesprochen wird, kommt der Umbau gar nicht und warum sollen wir jetzt bereits in einem Anzug festhalten, dass die Elisabethenstrasse nicht für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden darf, wenn es um die Baustellenzeit geht, die irgendwann kommt. Warum warten wir nicht den Ratschlag ab. In jedem Ratschlag zu einem Bauprojekt gibt es ein Kapitel Baustellenverkehr, dann können wir dieses Kapitel analysieren und wenn uns das nicht passt, über die Kommission und wenn man dort nicht erfolgreich ist, dann noch mit einem Vorstoss nachdoppeln. Warum muss man im September 2023 über etwas befinden, was vielleicht gar nie kommt oder erst in 15 Jahren, wenn die Situation sowieso wieder anders aussieht und während diesen vielen Jahren Verkehrsbelastung an einem Ort tolerieren müssen, wo eigentlich der Fussverkehr und der Aufenthalt im Zentrum steht. Das ist total unlogisch. Ich bitte darum wirklich alle Grossrätinnen und Grossräte, sich das nochmals zu überlegen, ob man diesen Anzug unterstützen möchte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Raphael Fuhrer hat eigentlich schon alles gesagt, aber ich will noch einmal kurz auf Pascal Messerli eingehen. Der Verkehr, die 10-Millionen-Schweiz oder wie er es auch immer hergeleitet hat, es ist jetzt eigentlich schon so, dass wir zu viel Verkehr haben in der Innenstadt Richtung Aeschenplatz, Wettsteinbrücke, etc. Es würde vermutlich auch nichts bringen, wenn man noch die Elisabethenstrasse offen halten würde und ich plädiere sehr dafür, dass wir nicht versuchen, die Strassen offen zu halten oder weiter auszubauen, sondern dass man an der Mobilität von diesen Menschen, die offenbar mit dem Auto in die Stadt hineinfahren, um zu arbeiten, also wenn Sie jetzt einmal an den Aeschenplatz stehen, dann sind das in der Stosszeit das Baselbiet, Solothurn, Aargau, Lörrach, Frankreich, Elsass, die dort hinkommen. Und dort müssen wir doch ansetzen, dass wir den Verkehr in der Innenstadt nicht mehr haben mit Park & Ride respektive anderen Verkehrsmittel-Anreizen. Das ist absolut der falsche Ansatz, den Daniel Seiler gewählt hat. Da muss ich sagen, ja, der Verkehr wird gleichbleiben oder sogar noch steigen und wegen dem brauchen wir mehr offene Strassen in der Stadt. Das hat Raphael Fuhrer eigentlich richtig gesagt.

Und dann noch lustig, Franz-Xaver Leonhardt, immer wenn es um die autofreie Innenstadt gegangen ist, habe ich das Gewerbe gehört monieren, dass wenn keine Autos mehr zu unseren Geschäften fahren können, dann gehen wir ein. Jetzt bei Franz-Xaver Leonhardt ist das umgekehrt. Er will keine Autos, die vor seinem Geschäft durchfahren, weil es offenbar besser läuft, wenn keine Autos dort sind. Also sollte man doch auch vom Gewerbe aus schauen, dass die Innenstadt attraktiv bleibt und eben keine Autos durchfahren. Und der Vorschlag vom Raphael Fuhrer finde ich okay, wenn man schaut, wenn die Baustelle dann effektiv kommt, wie es aussieht, dann kann man immer noch temporär den St. Alban-Graben und die Elisabethenstrasse aufmachen, wenn wir sonst dort den Kollaps haben. Aber jetzt ist sicher nicht der Zeitpunkt, um das schon zu entscheiden und uns zu fixieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Jenny Schweizer. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Jérôme Thiriet, ich wollte Sie fragen, wie erklären Sie sich den Verkehrskollaps während dem Flâneur, als die Elisabethenanlage gesperrt war?

Jérôme Thiriet (GAB): Welcher Verkehrskollaps war das? Den habe ich nicht mitbekommen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Natürlich muss ich auf Pascal Messerli jetzt noch etwas sagen. Vielleicht ganz kurze Bemerkungen. Wir haben immer gesagt, Listenverbindungen sind nicht Schmuseverbindungen, aber ich verstehe, wenn man von niemandem eine Listenverbindung angeboten kriegt, dass sich dann ein Frust aufstaut und der sich irgendwann entladen muss. Aber kommen wir zur Sache.

Natürlich wird, es wurde gesagt von Raphael Fuhrer, dort nicht das Chaos ausbrechen. Das zeigt die Erfahrung, das zeigen die verkehrstechnischen Simulationen. Wenn man die Elisabethenstrasse, St. Alban-Graben sperrt, wird dort nicht das Chaos ausbrechen. Wenn zu Stosszeiten, früh morgens und abends, ein Verkehrschaos entsteht, das entsteht immer in der



Stadt, weil halt zu viele Leute in diesem engen Raum rumfahren. Das ist so und damit haben alle Städte zu kämpfen. Da müssen wir eben schauen, dass zu den Stosszeiten weniger Autos unterwegs sind.

Noch zum Stichwort autofeindliche Politik. Das ist nicht autofeindlich, man muss einfach abwägen. Der Platz ist beschränkt, man kann ihn nutzen für Autos, man kann ihn auch nutzen für Lebensqualität, man kann ihn nutzen für Aufenthaltsqualität. Jérôme Thiriet hat es gesagt, man kann ihn nutzen für Attraktivität in der Innenstadt und dieser Perimeter dort ist praktisch Innenstadt und da muss man sich schon überlegen, was will man denn nun nutzen. Will man ihn für das Gewerbe nutzen, für Attraktivität, für Leben oder will man dort Autos durchführen. Und ich sage Ihnen, genau diese Diskussion haben wir, ich weiss nicht mehr genau wann, vor etwa 10 Jahren oder so geführt, als nämlich der Entscheid gefällt wurde zum Parkhaus Kunstmuseum. Und da wurde diskutiert, das ist so nahe an der Innenstadt, dass man das eigentlich nicht möchte und das war eine Art Paket oder Deal oder Abmachung. Das ist natürlich nichts Rechtliches, das ist politisch, dass man sagt, ja okay, wir nehmen das Kunstmuseum, aber dafür sperren wir eben diese Querung und schauen, dass dort das Fussgänger-Y entstehen kann, dass man eben weiter über die Freie Strasse hinauskommen kann. Und wir wollen jetzt da nicht zurück, das wurde einmal abgemacht. Wir finden das sinnvoll und es wurde auch vom Grossen Rat bestätigt, der Anzug Jean-Luc Perret, dass wir das wollen.

Und jetzt hier genau das Gegenteil zu sagen, finden wir nicht sinnvoll. Es gäbe auch völlig ein nicht interpretierbares Signal für die Regierung, was will jetzt der Grosse Rat. Einmal sagt er, er will es, einmal sagt er, er will es nicht, aber nur vielleicht bis der Aeschenplatz gemacht ist. Es wurde gesagt, wenn der Aeschenplatz umgebaut wird, dann kann man schauen, dass man Umleitungen macht, dass man das wieder freigibt. Aber vom Grundsatz her macht es dort Sinn, den Verkehr rauszuhalten, ihn anders umzuleiten, um die Attraktivität in der Stadt hochzuhalten. Und darum ist für mich, für uns in der grossen Mehrheit das auch kein Kompromiss, was hier vorgeschlagen wird in einem Vorstoss und wir empfehlen Ihnen deshalb, ihn abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf da vielleicht gerade anknüpfen. Das ist jetzt schon eine etwas schwierige Situation. Es war erst Juni, in dem Sie der Regierung den Auftrag gegeben haben, genau diese Achse St. Alban-Graben / Bankverein / Elisabethenstrasse vom Verkehr zu entlasten, und zwar über den Anzug Jean-Luc Perret. Ich nehme jetzt mal an, dass Sie damit nicht gemeint haben, wir sollen das in 15 Jahren tun. Ich glaube, Sie wären die ersten, die sich beklagen würden, wenn wir Anzüge jeweils in 15 Jahren erfüllen würden. Das bedeutet, wenn Sie heute diesen Anzug überweisen, haben wir tatsächlich widersprüchliche Aufträge und es ist wirklich widersprüchlich, denn die Planungszeit für den Aeschenplatz beträgt wirklich etwa 10 Jahre. Wir wissen nicht, ob es noch ein Referendum gibt, eine Volksabstimmung, das kann sehr lange gehen und dann mehrere Jahre Bauzeit. Dann muss man doch ehrlich sein und sagen, wir wollen diese Verkehrsberuhigung auf dieser Achse nicht. Aber jetzt zu sagen, das sei jetzt ein Problem während dieser Baustelle, die erst in 10 Jahren eintritt, wo wir noch nicht wissen, was das Verkehrsvolumen in 10 Jahren sein wird, das ist etwas schwierig.

Es kommt hinzu, dass wir ja nichts baulich verändern. Also falls wir merken, dass wir während den Bauarbeiten, wenn Sie dann in 10 Jahren starten, tatsächlich ein Verkehrsproblem hätten, dann können wir das auch wieder ändern. Diverse Vorredner haben auch die Vorzüge schon erwähnt, während den Bauarbeiten für das Kunstmuseum-Parking hat das funktioniert. Es war besser für die Tramverbindung, für die zu Fuss Gehenden, also es gab wirklich Vorteile dieses Verkehrsregimes und deshalb möchte die Regierung das bald umsetzen. Und wie gesagt, falls wir dann sehen, wenn mal gebaut wird, dass das ein Problem wird, dann kann man darauf auch zurückkommen. Deshalb darf ich Sie bitten, dass die Regierung hier nicht einen widersprüchlichen Auftrag bekommt und bitte Sie sehr, diesen Anzug abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Regierungsrätin Esther Keller, Sie haben gesagt, man kann das Verkehrsvolumen in den nächsten 10 Jahren nicht einschätzen. Haben Sie denn das Gefühl, dass das Verkehrsvolumen in den nächsten 10 Jahren weniger wird?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir haben ganz klar das Ziel, den motorisierten Individualverkehr respektive den Flächenverbrauch des Verkehrs zu reduzieren, tatsächlich ja.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Daniel Seiler das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben heute Herz gezeigt für ganz unterschiedliche Gruppierungen. Von Bäumen über Rehe, über Kitas, über Velos, aber bei den Autos zeigen wir kein Herz, die müssen weg. Aber die Signale sind immerhin in dem Sinn ein bisschen positiv, dass man sagt, wenn es dann wirklich ein Problem wird am Aeschenplatz, dann ist man bereit, darüber zu diskutieren, die Strasse wieder aufzumachen und dann so umzubauen. Wir notieren das natürlich, wir nehmen das zur Kenntnis und gehen natürlich auch davon aus, dass man dann das in beide Richtungen machen würde.

Aber ich glaube, wir müssen schon die Situation ein bisschen anschauen. Wir haben vor ein paar Monaten am Aeschenplatz Gleissanierungen gehabt und dort ist es schon relativ eng gewesen, von einem Kollaps zu reden, wie dieser Aeschenplatz noch funktioniert hat. Wir haben auch an der Heuwaage Baustellen gehabt und haben auch durch das mehr Verkehr über den Aeschenplatz gehabt. Beim Aeschenplatz ist auch ein Problem der Unsicherheit ohne Lichtsignal Richtung Innenstadt hinein, natürlich mit dem Doppelfussgängerstreifen und auch diesen zwei Tramverbindungen. Es gibt einen anderen Anzug, der die Beschleunigung der Baustellen fordert. Es heisst, man hat das alles im Griff und jetzt heute erfahren wir, dass es 10 Jahre Planung braucht für ein Projekt, das wir eigentlich im Groben schon verabschiedet haben. Ich glaube, auch dort hat es in Zukunft noch ein bisschen mehr Luft drin, dass man dort ein bisschen Gas geben könnte.

Sie haben vorhin über den Kollegen Pascal Messerli gelacht wegen der 10-Millionen-Schweiz. Ich will nicht über die 10-Millionen-Schweiz reden, aber ich glaube, wir müssen uns schon im Klaren sein, wir siedeln immer mehr Sachen im Zentrum dieser Stadt an und dann haben wir auch keine funktionierenden Verkehrssysteme mehr. Ich glaube, wir müssen schon langsam überlegen, ob man mit diesen Ideen alles ins Zentrum zwingen muss. Das Kinderspital, die Landschäftler, dass sie mit dem Velo oder mit dem ÖV kommen, wenn ihre Kinder einen Notfall haben. Wir müssen uns schon ein bisschen überlegen, wie wir mit dieser Zentrumsfunktion umgehen wollen und ob wir dann nicht wirklich auch funktionierende Verkehrssysteme für alle Verkehrsträger brauchen.

Ich darf hier heute im Namen der FDP und der LDP sprechen und appelliere an Sie, dass wir in Zukunft wirklich gemeinsam die Verkehrspolitik machen und auch ein bisschen Herz für die Autofahrer zeigen. Darum appelliere ich an Sie, dass Sie diesen Anzug überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 47 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001370, 20.09.23 21:25:39]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug nicht zu Überweisen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 47 Nein-Stimmen bei 37 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen.

45. Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Veloroute Aeschenplatz – Bruderholz

[20.09.23 21:25:57, 23.5328.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.



Erich Bucher (FDP): Franz-Xaver Leonhardt, ich bin ein bisschen irritiert, um ganz ehrlich zu sein. Die ganze Strecke mit zwei kleinen Ausnahmen ist eigentlich bereits so, wie Ihr Wunsch ist. Wir haben mit den ganzen Umbauten, die wir gehabt haben, an und für sich jetzt einen grossen Teil geregelt auf dieser Strecke. Wir haben noch zwei Orte, wo es nicht explizit ausgewiesen ist, und das ist zwischen dem Aeschenplatz und Denkmal, wobei, dort hat es so viel Platz, dass es eigentlich kein Problem wäre, dort noch einen gelben Strich auf den Boden zu machen, aber der Rest ist gemacht.

Es gibt einen kritischen Ort, und da bin ich wahrscheinlich einverstanden mit allen hier im Raum, das ist die Kreuzung vor der Heiliggeistkirche. Aber dort haben wir ein anderes Problem. Dort haben wir nicht nur ein Velo-Problem, sondern dort haben wir ein ÖV-Problem, dort haben wir vor allem ein Fussgänger-Problem. Das ist in meinen Augen die gefährlichste Kreuzung, die wir im Gundeli haben, aber das lösen wir mit diesem Anzug nicht. Aber noch einmal, vom Aeschenplatz bis auf das Bruderholz hinauf ist der Velofahrer mit Ausnahme der Heiliggeistkirche jetzt so organisiert, wie es eigentlich sein müsste. In diesem Sinn empfehle ich Ihnen im Namen der SVP und der FDP, den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Grundsätzlich wird eine durchgängig sichere Veloroute Aeschenplatz / Bruderholz nicht bestritten, auch nicht an einem einzigen Standort. Bestreiten möchten wir aber eine hier verlangte Massnahme. Der Anzugssteller bittet unter anderem zu prüfen, die Velostreifen vor der Haltestelle Zwinglihaus durchgehend zu markieren, nötigenfalls auch durch Verschiebung des Baumstandortes, Ja, ein Baumstandort lässt sich schon verschieben, die Bäume aber nicht. Sie müssen gefällt werden und am verschobenen Standort müssen neue jüngere Bäume gepflanzt werden, die klimatisch für viele Jahrzehnte nicht so wertvoll sein werden wie die alten. Wir müssen in der Stadt für jeden Baum kämpfen, auch leider gegen neue sichere Velowege. Dafür braucht es andere Lösungen als die Verschiebung von Baumstandorte. Diesen Einwand geben wir einfach dem Regierungsrat mit, falls dieser Anzug überwiesen wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Patricia Bernasconi hat es schon gesagt, das Grün-Alternative Bündnis hat dort ein Offen. Warum? Sie hat gesagt, wegen den Bäumen dort. Ich möchte aber trotzdem noch kurz etwas sagen. Erich Bucher hat gesagt, es ist eigentlich dort alles schon so, wie es sein muss und ich unterstelle jetzt Erich Bucher einmal, dass er die Strecke weniger häufig fährt als Franz-Xaver Leonhardt. Wenn ich das so lese, denke ich, er geht aus dem Hotel Nomad, dann nimmt er genau diese Strecke, geht auf das Bruderholz in sein Haus mit dem Velo und da vertraue ich Franz-Xaver Leonhardt, dass es dort noch nicht ganz ideal ist. Ich habe den gleichen Arbeitsweg, ich biege einfach bei der Grosspeter- respektive Münchensteinerstrasse ab. Und die einfache Massnahme auf der St. Jakobstrasse, dort den Velostreifen einzuzichnen, keine Ahnung, warum das nicht gemacht wird, aber mit dem Anzug ist es dann erledigt, nachher stimmt es. Es ist super, dass man dort eine Spur aufgehoben hat und das Kreuzen dort auf der Münchensteinerstrasse besser ist.

Dann aber die Lösung, dass man mit dem Velo auf das Trottoir muss, den Gundeldingerrain hinauf und dort in die Quere kommt mit den Schülern und Schülerinnen, die dort zu Fuss unterwegs sind oder mit dem Trottnet, und noch in ein Verkehrsschild knallt, dort sollte man doch einfach auf der Fahrbahn auch gute Verhältnisse für die Velofahrer*innen schaffen. Und da gehe ich mit Ihnen einig, die Heiliggeist-Kreuzung ist eine Katastrophe, da nützt auch der Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt nichts, dass das sicherer wird für die Velofahrer*innen. Also dort müsste einmal eine ganz gescheitere Lösung und Entflechtung hin, keine Ahnung, wie man das macht. Aber im Grossen und Ganzen würde ich sagen, überweisen wir diesen Anzug, es kann nur noch besser werden auf dieser Route.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Franz-Xaver Leonhardt das Wort.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Erich Bucher hat natürlich recht, dass es wirklich um diese Strecke geht. Ich fahre nicht geradeaus, sondern ich fahre rechts in die Peter Merian-Strasse hinein, wo ich sehr enttäuscht bin, wo ich hin und zurückgehe, dass wir dort für die Velos keine gute Lösung haben, auch keine Bäume. Man hätte dort wirklich Bäume pflanzen können und das verstehe ich heute immer noch nicht. Es ist für die Velofahrer hinein und hinaus keine gute Lösung. Aber es geht jetzt um den Aeschenplatz Richtung Denkmal. Ich habe geschaut, dort fährt ein Tram und manchmal zwei Trams pro 7 Minuten. Man könnte dort sehr gut einen Velostreifen machen und das Auto mit dem Tram dort teilen. Es ist ein kleiner, man muss etwas machen und ich bin dankbar, wenn Sie das überweisen. Und es stimmt, ich wohne auf dem



Bruderholz in einem Haus und habe Bäume, aber ich interessiere mich auch für Bäume in der Stadt. Sie dürfen gerne mit mir einmal nach Hause kommen und auch einmal das Haus anschauen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Erich Bucher. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 20 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001373, 20.09.23 21:33:28]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 63 Ja-Stimmen bei 20 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen.

46. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof

[20.09.23 21:33:41, 23.5329.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

47. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie

[20.09.23 21:34:05, 23.5339.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Ratsbüro stillschweigend überwiesen.



48. Anzug Daniel Albietz und Konsorten betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen"

[20.09.23 21:34:35, 23.5340.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend zu überweisen.

49. Anzug Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO₂-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität"

[20.09.23 21:34:57, 23.5341.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Tonja Zürcher (GAB): Grundsätzlich ist es so, E-Fuels können für gewisse Anwendungen zu gewissen Zeiten vielleicht sinnvoll sein. Das gilt vor allem dann, wenn Fahrzeuge sehr lange am Stück unterwegs sind und unterwegs nicht nachladen, nachtanken können. Das ist jetzt aber für unseren kleinen Kanton vielleicht nicht so die entscheidende Anwendung. Dann wird im Anzug auch der Flugverkehr genannt. Da sind zwar die E-Fuels, oder auch Saft genannt, in aller Munde, das Problem ist aber, dass bei Flugreisen zwei Drittel der negativen oder der schädlichen Klimawirkung gar nicht durch das CO₂ entsteht, sondern durch Stickoxide, Schwefeloxide, Wasserstoffe, usw., Wasserdampf, die aufgrund der Höhe des Ausstosses in der Atmosphäre diese Wirkung erzielen. Klar, das ist für diese Zeit jetzt ein bisschen akademisch, aber Sie können sich einfach merken, es nützt nichts, wenn der Treibstoff CO₂ -frei ist oder es nützt schon etwas, es reduziert genau die Klimawirkung um ein Viertel. Drei Viertel der Klimawirkung ist immer noch da. Also wenn Sie CO₂ -freies Flugkerosin haben, dann haben Sie immer noch drei Viertel der Klimawirkung. Also hier davon zu reden, dass alles plötzlich ganz toll ist, weil es CO₂ -frei ist, ist vielleicht etwas schwierig.

Dann gibt es vielleicht einen einzigen Bereich, den ich sehe, wo E-Fuels wirklich in Bezug auf Basel-Stadt sinnvoll sein können und das ist bei der Schifffahrt. Nun glaube ich aber wirklich, dass die Schweizerischen Rheinhäfen es auch schaffen, ohne dass der Kanton parallel dazu ein Konzept erarbeitet, hier diese Entwicklung im Auge zu behalten, sie zu antizipieren und zu schauen, ob die Elektrifizierung oder der Wechsel auf E-Fuels allenfalls sinnvoll ist.

Ich kann zusammenfassen. Dieser Anzug bringt einfach nichts. Natürlich kann man ihn auch überweisen, wenn er nichts bringt. Das machen wir ja des Öfteren, aber ich habe hier langsam Mühe damit, wenn wir in einem Bereich, wo wir wirklich vorwärtsmachen müssen, wir haben diese Netto-Null-Strategie, wir haben den klaren Auftrag der Bevölkerung hier vorwärts zu machen, hier auf solchen Nebenschauplätzen Zeit zu verschwenden. Also die Zeit, die wir hier drinnen brauchen, ist ja nicht so relevant, aber die Verwaltung, die darauf sehr viel Zeit braucht, um das zu beantworten, die soll aus unserer Sicht wirklich bei den zentralen Aspekten der Verkehrswende vorwärtsmachen und nicht hier Zeit brauchen, um Papiere zu erarbeiten, die schon zig-mal von anderen Institutionen und anderen Universitäten, usw. gemacht wurden. Ich bitte Sie, das hier abzulehnen, damit es eine effiziente Verwaltung für Netto-Null gibt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Daniel Sägesser vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Daniel Sägesser (SP): Ich habe eigentlich ganz viele Fragen nach diesem Votum. Ich kann aber nur einmal Drücken, deshalb nur eine Frage. Sie haben mir unterstellt, wir würden Werbung machen, dass durch diese E-Fuels im Flugverkehr dann CO₂ -frei geflogen werden kann. Können Sie mir die Stelle im Anzug zitieren, wo wir das geschrieben hätten?

Tonja Zürcher (GAB): Das habe ich so nicht gesagt. Ich habe gesagt, das bringt einfach nur eine Viertel Reduktion der Klimawirkung und das ist einfach ziemlich wenig im Vergleich zu der massiven Auswirkung, die der Flugverkehr hat, der knapp bei einem Drittel der Klimawirkung der Schweiz ist.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): «The e-mobility has won the race». Mit diesen weisen Worten des damaligen Volkswagen-CEO Herbert Diess habe ich hier vor nicht ganz zwei Jahren mein Votum für die Zweitüberweisung der UVEK-Motion für einen raschen Ausbau der E-Ladeinfrastruktur begonnen. Und nachdem ich in den vergangenen Tagen verschiedentlich angesprochen wurde, was das nun für ein komischer E-Fuel-Vorstoss sei, habe ich mir gedacht, es ist angebracht, diese Worte heute erneut an Sie zu richten. Ich kann Sie also beruhigen, ich habe mich in dieser Frage nicht vom Paulus zum Saulus gewandelt, ganz im Gegenteil. Ich würde heute sogar noch weitergehen und Ihnen mit Brief und Siegel versichern, dass mittel- und langfristig alles, das motorisiert rollt und noch dekarbonisiert werden muss, batterie-elektrisch angetrieben werden wird. Nach Personenwagen und Nutzfahrzeuge wird es der Schwerverkehr sein, Busse, unsere BVB macht es vor, Spezialfahrzeuge, unsere Feuerwehr, unsere Stadtreinigung machen es vor, Personenzüge, Stadler Rail macht es vor, aber auch Baumaschinen werden folgen und Cargo-Züge, etc. Alles, was rollt. Der batterie-elektrische Antrieb ist bereits heute technologisch und ökonomisch allen anderen Antrieben im rollenden Verkehr, die es noch zu dekarbonisieren gilt, haushoch überlegen und wir stehen erst am Anfang der Lernkurve. Der Match ist gelaufen.

Die Frage ist deshalb berechtigt, was mein Name auf einem Vorstoss macht, der den Regierungsrat dazu auffordert, zu überprüfen, ob E-Fuels für Fahrzeuge in gewissen Fällen nicht doch die bessere Lösung sein können. Nun, auf dem Vorstoss steht eben auch noch ein zweiter Name. Und Sie wissen ja, wie es läuft, wenn man über Parteigrenzen hinweg Vorstösse erarbeitet. Man streicht sich gegenseitig Sachen raus, man lässt sich gegenseitig Sachen drin und wenn wie im Fall von Lorenz Amiet und mir nicht nur eine Parteigrenze, sondern ganze Parteiländereien dazwischen liegen, dann ist von beiden Seiten besonders viel Goodwill gefordert. Gerade weil der Match beim rollenden Verkehr längst gelaufen ist, habe ich auch absolut keine Angst, dass uns ein Anzug auf Prüfen und Berichten auf Abwege führen könnte. Gerade auch deswegen, weil ich weiss, dass das Thema bei Regierungsrat Kaspar Sutter und seinen Leuten in den gleichen kompetenten Händen liegt, welche auch den Ratschlag zur Förderung der Ladeinfrastruktur in Parkhäusern und Parkierungsanlagen verfasst haben, den Sie sicher bereits alle schon gelesen haben und von dem Sie sicher alle genauso begeistert sind wie ich.

In Bezug auf den rollenden Verkehr droht uns vom vorliegenden Anzug also keine Gefahr. Vielmehr bietet dieser Anzug die Chance, aufzuzeigen, wie wir Verkehrsbereiche dekarbonisieren können, bei denen Batterie-Elektrifizierung noch nicht unmittelbar bzw. ziemlich sicher nicht bis zu unserem Netto-Null-Zieljahr 2037 absehbar sind. Dies ist sicherlich der Flugverkehr, aber auch der Schiffverkehr. In beiden Bereichen sehe ich aktuell neben E-Fuels keine funktionierende Alternative, welche innert der geforderten Zeit und vor allem auch unter der Berücksichtigung der Lebensdauer der jeweiligen Transportmittel unmittelbar verfügbar sein wird. Gerade letzteres scheint mir noch wichtig. Bei den Passagierflugzeugen beträgt die Lebensdauer 25 Jahre und mehr, bei Schiffen ist es noch länger. Hierzu ein Beispiel von unseren Öldampfern aus der Basler Personenschiffahrt. Unser ältestes Schiff in der Flotte, das Basler Dybli, ist bereits über 40-jährig. Wenn nun unser erst im Jahr 2018 vom Stapel gelaufener Rhystärn auch mindestens so alt wird, so werden wir diesen bis weit in die 2050er oder sogar 2060er Jahre irgendwie antreiben müssen. Zumindest kurz- oder mittelfristig scheinen mir hier E-Fuels eine attraktive Lösung zu sein.

Es ist also absolut vorstellbar, dass auch E-Fuels für bestimmte Anwendungen eine Brückentechnologie sein können, und dann ist es mir schon ein Anliegen, dass wir auch bei diesem Thema unseren berechtigten Anspruch als Klimaloki gerecht werden und nicht nur auf Lösungen warten, sondern diese selber aktiv vorantreiben. Und wenn wir am Ende unseren Bedarf an E-Fuel sogar noch selber herstellen können, sofern das ökonomisch und ökologisch Sinn macht, würde mich das noch mehr freuen. In dem Sinne freue ich mich, wenn Sie heute diesen Anzug überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Lorenz Amiet das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Wir haben heute Abend schon mal gehört, es wird eine Herkulesaufgabe sein bis 2037, dekarbonisiert zu sein. Diese grosse Aufgabe, die uns vom Basler Stimmbürger gestellt wurde, verlangt den Einsatz aller Technologien an allen Fronten. Mein Vorredner und Mitautor dieses Vorstosses hat vorhin aus einem seiner früheren Voten zitiert. Ich erinnere auch an ein früheres Votum im Juni. 2022 haben wir hier drinnen Feuerwehrautos bestellen lassen, welche mit Batterien betrieben werden, für 1'000 km im Jahr zu fahren. Schon damals hatte ich mich geärgert darüber, dass E-Fuels keine Option waren, weil sie in der E-Mobilitätsstrategie des Kantons nicht vorkommen.

Was sind jetzt genau E-Fuels. E-Fuels sind synthetische Treibstoffe, welche produziert werden, indem man der Atmosphäre CO2 entzieht und mit Wasser vermischt und die Energie kommt bisher hauptsächlich aus elektrischem Strom, innovativ immer mehr aus direkt eingesetztem Sonnenlicht. Hier ist die Schweizer Industrie übrigens führend. Was sind die Vorteile? Teilweise hat sie mein Vorredner schon aufgezählt. Erstens und wichtigstes, man kann es mit herkömmlichen Motoren



verfeuern, zum Beispiel Schiffsmotoren. Zweitens, die Energiedichte ist massiv höher als bei Batterien. Das macht E-Fuels viel einfacher zu lagern und viel einfacher zu transportieren als elektrischer Strom. An das GAB gerichtet, das macht es auch viel einfacher, um das der Atmosphäre entzogene Kohlendioxid in der Tiefe zu lagern. Weiter ist es resilienter dadurch, da sind wir bei den Feuerwehrautos, und die Investitionskosten sind tiefer als bei Batterien.

Wo ist der Hauptnachteil? Die Betriebskosten sind höher. Das heisst also, die Beschaffung von E-Fuels pro Liter sind deutlich teurer als die Beschaffung von gleichwertiger Energie durch Strom. Beides wird sich in Zukunft wahrscheinlich verbessern. Der Preis von Elektroantrieben bei den Investitionskosten, aber auch der Preis bei den Betriebskosten von E-Fuels. Trotzdem teile ich die Auffassung meines Vorredners, im ganz normalen Automobilsinsatz ist die Geschichte gelaufen.

Deshalb fordert dieser Anzug auch ausdrücklich, dass man prüfen soll, ob e-Fuels eine Ergänzung sein können zum batteriebetriebenen Elektroantrieb. Basel versteht sich als Pionier im Bereich der Dekarbonisierung. Deshalb müssen wir alle verfügbaren Technologien prüfen und es geziemt sich auch Early Adopter zu sein bei revolutionären, bei innovativen neuen Technologien. Mindestens beim Einsetzen von E-Fuels, vielleicht sogar beim Produzieren von E-Fuels.

Wenn sich ein Spezialist für neue erneuerbare Energien von links und ein Ingenieur von rechts zusammentun, wir haben es vorhin gehört, zum Teil jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird, sicher um jede Forderung gerungen wird, bis man am Schluss den gemeinsamen Nenner gefunden hat, dann könnte man meinen, die Debatte ist eigentlich schon geführt. Aber da vorhin Jérôme Thiriet, mein Fraktionskollege, ein bisschen ans Bein, Sie wissen schon, muss ich jetzt festhalten, auch beim GAB kann man Dinge bestreiten, die eigentlich von links bis rechts nicht bestreitbar sind. Trotzdem begrüsse ich es, dass die Debatte fortgesetzt wurde und danke Ihnen dafür, danke Ihnen aber noch mehr dafür, wenn Sie unseren Anzug unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Oliver Thommen und die andere von Oliver Bolliger. Beide werden angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Können Sie mir sagen, was der Wirkungsgrad von E-Fuels sind? Und vielleicht können Sie mir noch eine zweite Frage beantworten, ob das nicht der Markt regeln soll?

Lorenz Amiet (SVP): Zur ersten Frage: der Wirkungsgrad ist tiefer als bei Elektroantrieb, aber da die Produktion dort hergestellt wird, wo Sonne im Überfluss vorhanden ist, spielt das keine Rolle, weil man es einfach transportieren kann. Zum Thema Markt: beim Einsatz in der Privatwirtschaft, völlig einverstanden, aber unser Anzug richtet sich ja an die E-Mobilitätsstrategie des Kantons und nicht an den Markt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Oliver Bolliger bitte.

Oliver Bolliger (GAB): Sie richtet sich auch an Kollege Daniel Sägesser. Wäre es nicht ehrlicher zu sagen, wir müssen unseren Energieverbrauch im globalen Norden langsam ein wenig reduzieren, anstatt auf Kosten des globalen Südens diesen E-Ausbau, egal E-Fuel, E-Mobility einfach auf Kosten des Südens auszubauen?

Lorenz Amiet (SVP): In einer Demokratie ist es schwierig, den Bürgerinnen und Bürgern zu befehlen, was sie konsumieren dürfen. Aber es ist nicht so schwierig, Technologien zu fördern, die das gleiche Ziel erreichen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001378, 20.09.23 21:50:38]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 69 Ja-Stimmen bei 16 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

50. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige

[20.09.23 21:50:51, 23.5342.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der vorliegende Anzug für juristische Beratung und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen steht im klaren Widerspruch zum Behindertengleichstellungsgesetz. Der Antrag impliziert, dass Menschen mit schweren gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen zwangsläufig und ungewollt auf rechtliche Beratung und Unterstützung angewiesen sind, sei es im Zusammenhang mit möglichen Ansprüchen im Sozialversicherungsrecht oder in Bezug auf grundlegende Lebensbedürfnisse wie Bildung, Arbeit und Wohnen. Das Behindertengleichstellungsgesetz hingegen verfolgt das klare Ziel, Benachteiligungen zu verhindern, zu reduzieren oder zu beseitigen. Es schafft Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Behinderungen erleichtert, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, insbesondere durch die eigenständige Pflege sozialer Kontakte, Weiterbildungsmöglichkeiten und die Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit.

Es ist wichtig anzumerken, dass bereits verschiedene Organisationen kostenlose Rechtsberatung in politischen und rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen anbieten, einschliesslich des Bereichs des Behindertengleichstellungsgesetzes und des Sozialversicherungsrechts. Es ist unbestreitbar, dass der Zugang zu Leistungen der Invalidenversicherung in den letzten 15 Jahren erschwert wurde, vor allem aufgrund der verstärkten Bemühungen zur Bekämpfung von Betrug. Diese Tatsache hat zu leidenschaftlichen Diskussionen über die Invalidenversicherung geführt und die Diskussionen über die Invalidenversicherung waren und sind stets von emotionalen Reaktionen geprägt.

Die Begründung für die kostenlose Rechtsberatung zur rechten Zeit, die eine deeskalierende Wirkung haben kann und letztendlich auch kostensenkend für den Kanton sein könnte, ist äusserst komplex. Dies insbesondere ist deshalb der Fall, weil sich zeigt, dass diese Wirkung offenbar nur dann eintritt, wie Sie in Ihrem Anzug schreiben, wenn hochqualifizierte Anwältinnen und Anwälte zur Verfügung stehen. Wenn keine qualifizierten Anwälte verfügbar sind, führt dies zwangsläufig zu negativen Ergebnissen. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion den Vorschlag ab, und zwar nicht zuletzt um eine Gleichstellung zwischen Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung zu gewährleisten. Besten Dank für die Nichtüberweisung dieses Anzugs.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Fleur Weibel hat sich eingetragen und hat das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Ich habe jetzt überhaupt nicht verstanden, wie Sie das ausgeführt haben zur Gleichstellung von Menschen ohne Behinderung und Menschen mit Behinderung. Das hat mir jetzt überhaupt nicht eingeleuchtet und deshalb habe ich mich jetzt veranlasst gefühlt, kurz etwas zu sagen. Der Anzug fordert ja primär eigentlich, dass die Regierung prüft und berichtet, inwiefern durch eine Förderung von juristischen Beratungen die Situation von Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, weil sie eben Behinderungen haben, ob das zu Kostensenkungen führt, wie das funktioniert. Das ist eigentlich das Hauptanliegen des Anzugs, es ist ja keine Motion. Es geht darum, zu prüfen und zu berichten und deshalb bitte ich Sie im Namen der Fraktion GAB, diesen Anzug selbstverständlich zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugsteller Beda Baumgartner das Wort.



Beda Baumgartner (SP): Ich muss jetzt hier fortsetzen bei dem, was Fleur Weibel schon gesagt hat. Ich muss Ihnen wirklich sagen, das hat mit Behindertengleichstellung gar nichts zu tun, dieser Anzug. Vielleicht müssen Sie den Anzug nochmal von A bis Z lesen und vor allem die konkreten Forderungen. Und wenn es denn so wäre, dann müsste man ihn nicht unbedingt unterstützen. Es geht hier auch nicht um den Lebensalltag, wie Sie vorhin skizziert haben, es geht da um die juristische Beratung und Unterstützung von behinderten Menschen. Sie können gerne in diesem Saal gegen diesen Anzug sein oder dafür, aber bitte stimmen Sie so ab betreffend den Inhalt und nicht einer völlig zusammenhanglosen Formulierung bezüglich einer Ablehnung.

Und einfach nochmal konkret, wir diskutieren hier in diesem Saal immer wieder Anliegen, die deutlich auf den ersten Blick vielleicht schwieriger nachvollziehbar sind, warum wir etwas fördern oder fordern. Und hier ist es ein sehr klarer Auftrag, einen Nachfrageüberhang, den es gibt, zu lösen und damit auch Existenzkosten und Gerichtslast zu reduzieren. Es ist ein unglaublich sinnvolles Anliegen, das jetzt konkret anzusehen. Und wenn Sie sich Punkt 3 nochmal, vielleicht für die Leute, die noch ein bisschen unentschlossen sind, wie radikal dieser Anzug im Gesamtkontext ist, wenn Sie sich Punkt 3 nochmals durchlesen können des Anzugs, da wird der Regierungsrat gefragt, ob er die Notwendigkeit sieht bzw. die Bereitschaft hat, solche Rechtsberatungen und Vertretungsangebote zu finanzieren. Also ich bitte Sie, ich glaube, dass man diese Frage durchaus an den Regierungsrat zum Prüfen und Berichten überweisen kann und bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001380, 20.09.23 21:58:18]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 60 Ja-Stimmen bei 29 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

51. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend eine bedarfsgerechte Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen

[20.09.23 21:58:25, 23.5343.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend zu überweisen.

52. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

[20.09.23 21:59:09, 23.5344.01]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Luca Urgese (FDP): Dieser Anzug kommt harmlos daher, hat es aber ziemlich in sich, wenn man sich genau ansieht, was hier so alles drinsteht. Aber lassen Sie mich zuerst mit ein paar allgemeinen Bemerkungen beginnen, die für diesen Anzug und den nächsten Anzug von Pascal Pfister gelten und ebenso für die weiteren drei Vorstösse der SP, die sich ebenfalls mit der Verwendung der Einnahmen aus der OECD-Mindeststeuer befassen und im Oktober behandelt werden.

Erst vier Jahre ist es her, dass die Schweiz ihre Unternehmensbesteuerung auf Druck der OECD umfassend reformiert hat. In diesem Kontext ist es dem Kanton Basel-Stadt mit der Steuervorlage 17 gelungen, sich als steuerlich attraktiver Wirtschaftsstandort zu positionieren. Das war nicht, was sich die OECD und insbesondere ein paar grosse Staaten vorgestellt hatten, deshalb geht der Druck weiter. Die Mindestgewinnsteuer ist der letzte Streich des OECD-Steuerkartells. Der nächste ist mit der Marktstaatenbesteuerung bereits in der Pipeline und wäre für uns potenziell verheerend. Deshalb gibt es für uns nur eine Möglichkeit, wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um unsere Standortattraktivität zu erhalten, denn diese basiert nicht nur auf tiefen Unternehmenssteuern, sondern umfasst zahlreiche weitere Aspekte. Und es ist auch wichtig, denn mit der teilweisen Neutralisierung des Steuerwettbewerbs, den ich naturgemäss deutlich positiver beurteile als kritische Stimmen hier im Saal. ist der Standortwettbewerb bei weitem nicht abgeschafft. Er hat sich einfach auf andere Handlungsfelder verlagert und da sind wir in der Region tatsächlich nicht überall spitze. Man denke nur an die ewige Planungs- und Umsetzungsdauer von wichtigen Infrastrukturprojekten zur langfristigen Sicherstellung unserer Erreichbarkeit oder an den internationalen Vergleich der hohen Lohn- und Lohnnebenkosten. Genau deshalb ist es wichtig, dass wir die Einnahmen aus der OECD-Mindeststeuer, von der wir ja noch nicht genau wissen, wie viel sie letztlich in die kantonalen Kassen spülen wird, gezielt zur Stärkung der Standortattraktivität, im Interesse der Unternehmen und damit auch des ganzen Standorts einsetzen.

Und jetzt konkret zu diesem Anzug. Selbstverständlich sind Forschung und Entwicklung für die Region Basel von zentraler Bedeutung, das ist unbestritten. Aber diese Unterstellung, die hier Grundlage dieses Vorstosses ist, dass die Forschung und Produktion in der Pharmaindustrie nicht auf den gesamtgesellschaftlichen Nutzen schauen würde, sondern hauptsächlich auf Gewinn und Umsatz geschaut werde, ist ziemlich fragwürdig und ein Affront gegenüber jedem Unternehmen, das Produkte entwickelt, um das Leben der Menschen in unserer Region und darüber hinaus zu verbessern. Hier wird ein Gegensatz zwischen diesen beiden Dingen kreiert, der in dieser Form nicht existiert. Natürlich ist auch der Gewinn für ein Unternehmen wichtig, gerade in der Pharmaindustrie, darauf komme ich gleich zurück. Ein Unternehmen kann langfristig aber nur erfolgreich sein, wenn beides Hand in Hand geht. Ganz konkret auf die Pharmaindustrie gemünzt, auch Forschung und Entwicklung an nicht seltenen Krankheiten, zum Beispiel im Krebsbereich, bringt enormen Nutzen für Patientinnen und Patienten, ihr Umfeld und die Gesellschaft.

Es ist zynisch zu behaupten, eine solche Therapie habe keinen gesellschaftlichen Nutzen, nur weil der Hersteller für seine Investitionen in Forschung und Entwicklung entlohnt wird und die Aktionäre für das Risiko, dass sie dafür eingegangen sind. Ebenso falsch ist die Aussage, dass die Pharmaindustrie praktisch nur in finanziell gewinnversprechende Gebiete investieren würde. Es gibt mehrere Beispiele für Forschungsprogramme für Krankheiten, die vor allem unterversorgte Patienten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen betreffen. Zum Beispiel neue Therapien gegen Malaria, um Resistenzen zu bekämpfen oder eine Therapie zur Behandlung einer vernachlässigten Tropenkrankheit, die durch Sandmücken verbreitet wird und ohne Behandlung meist tödlich verläuft.

Und dann dieser Vorschlag mit der Gewinnbeteiligung der öffentlichen Hand. Der ist ja besonders dreist, wenn man schaut, wie Forschung in der Praxis funktioniert. Nur eines von 10 Medikamenten erreicht den Patienten, während die anderen in der Forschungsphase scheitern. Die Entwicklung eines neuen Medikaments kostet im Schnitt 2,6 Milliarden Franken. Die Unternehmen tragen bei der Entwicklung eines neuen Medikaments beziehungsweise einer neuen Therapie daher ein grosses Verlustrisiko. Auch hier ein konkretes Beispiel: zwischen 1998 und 2021 gab es 198 erfolglose Versuche, ein Alzheimer-Medikament zu entwickeln. Die Misserfolgsrate beträgt 98 Prozent. Mit dem Erfolg eines Medikaments müssen die Unternehmen auch die Erforschung nicht erfolgreicher Medikamente finanzieren können. Ohne diese Quersubventionierung fehlen die Mittel für die Erforschung neuer Medikamente, nur im erfolgreichen Fall Gewinne abzuziehen, ist also zu einfach gedacht. Wenn schon müsste man dann sagen, der Staat soll sich auch im Misserfallsfall beteiligen.

Das nur drei kritische Punkte in diesem Vorstoss, die uns dazu bewegen, den Anzug entschieden abzulehnen. Ich bitte Sie, dies aufgrund der soeben genannten Gründe ebenfalls zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Ich werde mich für die Überweisung dieses Anzugs einsetzen und werde Ihnen auch darlegen, wieso. Die OECD-Steuerreform, die wird Basel-Stadt viel Geld einbringen, generieren. Wir wissen nicht, wie viel, das hat Luca Urgese auch schon betont. Wir wissen effektiv noch nicht wie viel, dass das generieren wird, aber wir wissen das selber



auch, es werden schon diverse Diskussionen geführt, wie wir die Standortattraktivität mit diesem Geldsegen sinnvoll erhöhen können. Ich glaube, wir sind uns alle hier im Saal einig, dass Investitionen in die Standortförderung und die Standortattraktivität im Sinne aller ist. Die Frage, und hier gehen die Meinungen auseinander, wenn es darum geht, was nutzt dem Standort dann effektiv, was nutzt der Wirtschaft und was nutzt aber auch der Bevölkerung, der Gesellschaft, da gehen die Meinungen auseinander.

Wenn ich diesen Vorstoss von Beda Baumgartner anschau, dann ist das für mich jetzt persönlich gesehen wirklich ein Vorstoss, der die Attraktivität des Standorts fördern will und ich verstehe den Widerstand der bürgerlichen Fraktionsparteien überhaupt nicht. Der Vorstoss will ja nicht die Aktivitäten und die Forschung der Pharmaindustrie beschränken oder einschränken oder verbieten. Darum geht es ja gar nicht, sondern er will, dass der Kanton, der Regierungsrat prüft, ob er bei zwei Forschungsgebieten in der Medizin Unterstützung anbieten kann, bei den Forschungseinrichtungen, die wir hier haben in der Region. Er fordert bei zwei Forschungsgebieten, die wirklich international anerkannt werden als Probleme, also es geht da einerseits um Antibiotika, die neu entwickelt werden müssen, weil die Resistenzen auf dem Vormarsch sind, und es geht darum, dass geschlechterspezifische Medizin, das wissen die meisten hier drin wahrscheinlich, dass das wirklich ein Problem ist, dass die Medikamente primär für Männer entwickelt werden, dass diese zwei Gaps oder Lücken, dass diese angeschaut werden, ob da der reiche Standort oder der wohlhabende Standort Basel-Stadt etwas dafür machen kann. Ich denke, das wäre dann auch im Nutzen der Gesellschaft hier in Basel, aber auch weltweit gesehen, wenn wir da erfolgreich sein könnten.

Ich denke auch, es stünde dem Wirtschaftsstandort und dem Forschungsstandort Basel sehr gut an, solche Forschungsgebiete könnten eben auch Exzellenz anziehen. Da kommen Forscherinnen und Forscher, die sagen, genau in diesem Bereich wollen wir forschen, die könnten sagen, ja, wir kommen nach Basel. Das könnte Knowhow generieren, das schlussendlich dann auch unsere Pharmaunternehmen gebrauchen könnten. Wie schon gesagt, es geht ja nicht darum, dass wir den Forschungsfirmen oder Pharmafirmen vorschreiben wollen mit diesem Anzug, was sie denn überhaupt forschen sollen, sondern es könnte ein neues Gebiet sein, wo sie davon profitieren können. Und ich denke immer wieder, die Forschung bei unseren Universitäten und Hochschulen, das ist schlussendlich für den Standort immer etwas Profitables.

Kurz und gut, das Grün-Alternative Bündnis bittet Sie, den Anzug von Beda Baumgartner zu überweisen. Ich denke, es ist wirklich im Sinn von uns allen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Der Anzug, der uns hier vorliegt, kommt im ersten Blick ja interessant daher. Es werden mit Antibiotikaresistenz und gendergerechter Medizin wichtige Themen angesprochen, auch mit der Tropenmedizin. Beim genaueren Hinschauen zeigen sich aber aus unserer Sicht Probleme. Der Kanton finanziert die Universität. Mit diesen Mitteln und weiter eingeworbenen Mitteln betreibt die Universität Forschung. Es ist fraglich, ob es zusätzlich eine direkt kantonale finanzierte und gelenkte Forschung geben soll. Forschungsprogramme werden national und international aufgelegt. Forschung wird auf Bundesebene zusätzlich bestellt und finanziert via nationale Forschungsprogramme. Kantonal und auch vom Bund bestellt wird Forschung zielgerichtet dann für die Aufgaben der Verwaltung in sogenannter Ressortforschung. Eine eigene generelle kantonale Forschungsförderung, insbesondere in der Grundlagenforschung wäre meines Wissens neu. Wir sehen nicht, warum wir jetzt dieses Neuland so betreten sollten.

Und wenn Sie ein solches Neuland betreten wollen, warum denn gerade die vorgeschlagenen Themen? Selbstverständlich sind wir nicht gegen Forschung an Antibiotikaresistenzen oder solche für eine gendergerechte Medizin. Das ist alles sehr sinnvoll, es gibt aber auch viele andere sinnvolle Forschung. Warum denn gerade seltene tropische Krankheiten, warum nicht Forschung im Bereich Klimawandel oder anderes oder eben andere sinnvolle Forschung? Die Antwort scheint irgendwie klar aus dem Anzug zwischen den Zeilen zu sprechen. Die Regierung spricht sich ja im Zusammenhang mit den möglichen vermehrten Steuereinnahmen durch die OECD-Mindeststeuer von Standortförderung, auch für die Pharmaindustrie.

Offenbar passt das den Anzugsstellenden und der SP nicht so ganz. Sie wollen möglichst nichts der Pharmaindustrie zugutekommen lassen oder eben für den Standort machen. Und die SP misstraut offenbar auch notabene der eigenen Regierung, Regierungsrätin, die OECD-Mindeststeuereinnahmen sinnvoll für die Allgemeinheit einzusetzen. Sie befürchten ja, zumindest so lese ich auch den Anzug, dass das Geld in ungerechtfertigte Gewinne gestopft werde. Wenn schon Gewinne, dann sollen sie eben nur staatlich einbehalten bleiben.

Wir Grünliberalen haben ein anderes Verständnis vom Regierungsrat und auch vom Zusammenspiel zwischen staatlicher Standortförderung und der Wirtschaft. Selbstverständlich soll auch der Kanton und die Allgemeinheit von einer Standortförderung in Form von Forschungsförderung profitieren und die Wirtschaft soll auch investieren und nicht nur die hohle Hand und Gewinne machen. Das soll aber im Dialog mit der Wirtschaft ausgehandelt werden. Wir möchten Lösungen gemeinsam mit der Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft.



Und dann gibt es ein grundsätzliches Argument gegen diesen Vorstoss. Luca Urgese hat es schon angetönt, dieses Argument spricht auch gegen den nachfolgenden Vorstoss von Pascal Pfister. Die SP will offenbar nun freizügig Geld ausgeben und den Aufwand des Kantons hochfahren in der Hoffnung auf einen Geldregen aus der OECD-Mindeststeuer. Wir sind im Grundsatz gegen solche Vorstösse. Erstens ist der Zeitpunkt falsch. Es ist noch völlig unklar, wie hoch die Mehreinnahmen Netto am Schluss sein werden. Man spricht auch schon davon, den Finanzausgleich anzupassen mit Mehrbelastungen des Kantons Basel-Stadt. Es wurde angesprochen, dass in der OECD weitere Diskussionen laufen für Steuerreformen. Wir sollten also nicht Geld verteilen wollen, dass wir noch gar nicht haben und schon gar nicht wissen, ob und in welchem Ausmass wir es haben werden.

Und zweitens, unser Kanton hat nach wie vor eine der höchsten Verschuldungen pro Kopf der Schweiz. Mit der Zinswende kommen Zinszahlungen von 30/50 oder mehr Millionen pro Jahr auf uns zu. Wir sollten die Schulden reduzieren mit den Mehreinnahmen. Und drittens, es kommen ausreichend neue Aufgaben auf uns zu, Stichwort Klimastrategie, Netto-Null 2037, Gegenvorschlag Kita-Initiative, ÖV-Initiative etc. Wir sollten jetzt nicht noch mehr obendrauf packen, dass wir dann am Schluss vielleicht eben gar nicht richtig finanzieren können. Auch aus diesen grundsätzlichen Überlegungen lehnen wir den Anzug ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Beda Baumgartner. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): David Wüest-Rudin, zu Ihrer Kritik an der Forschung des Kantons. Ihnen ist klar, dass im Kontext der OECD-Steuerreform sehr aktiv von einer Subventionierung durch Forschung und Entwicklung durch den Kanton auch geredet wird, dass das Realität wird, dass der Kanton Steuerabzüge für Forschung und Entwicklung realisieren wird?

David Wüest-Rudin (GLP): Das habe ich ja gesagt. Und Sie möchten jetzt das nicht, sondern nur kantonal ein Programm auflegen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Beda Baumgartner das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Vielleicht gerade anschliessend, weil wir es mit der Zwischenfrage hatten. David Wüest-Rudin, Sie haben einen zentralen Punkt des Anzugs nicht verstanden. Ich bin nicht gegen Forschung und Entwicklung und wenn Sie den Anzug lesen, dann sehe ich auch nicht, wie Sie auf diesen Schluss kommen wollen. Ich bin dafür, dass man, wenn man diese Möglichkeiten hat im Bereich Forschung und Entwicklung, dass man da auch Felder fördert, die noch stärker im Interesse der Allgemeinheit sein können. Das ist die Forderung des Anzugs und es ist absolut möglich, Forschungs- und Entwicklungsmassnahmen zu machen, die in der Gewinnlogik funktionieren mit diesem Anzug. Es geht nur um eine mögliche Beteiligung der öffentlichen Hand an Gewinn, es geht nicht darum, dass die Pharmaindustrie keine Gewinne mehr machen darf.

Und dann noch etwas Grundsätzliches. Es geht auch nicht darum zu sagen, die Pharmaindustrie ist böse oder die Firmen sind böse, sondern sie agieren, wie sie als Aktiengesellschaften agieren müssen. Sie machen Gewinne, sie sind ihren Aktionären und Aktionärinnen verpflichtet, Luca Urgese. Das hinterfrage ich auch gar nicht, das ist die Realität. Dieser Satz, der anscheinend so viele Emotionen ausgelöst hat, dass in erster Linie nicht auf gesamtgesellschaftliche Interessen geschaut wird, das ist ja die Realität. Das ist ja logisch, wir sind nicht in einer Planwirtschaft, wir sind in einer Marktwirtschaft, wo die Pharmaindustrie selber entscheiden kann, in welchem Bereich sie forscht und produziert.

Und mein Punkt ist jetzt, wenn wir vom Kanton aus im Rahmen der OECD-Steuerreform, wenn wir da Forschung und Entwicklung fördern und das auch unterstützen, dass wir dann versuchen sollen, zusätzliche Felder, die stärker im gesamtgesellschaftlichen Interesse sind, auch zu berücksichtigen. Es ist mir völlig klar, wie eine private Pharmaindustrie funktioniert.

Dann etwas zu den Antibiotikaresistenzen. Die privaten Pharmaindustrien sehen das selber als relevantes Problem. Sie haben sich zusammengeschlossen, es sind auch Player aus Basel-Stadt dabei. Die Frage ist ja nur, wenn wir schon Geld in die Hand nehmen aus der OECD-Steuerreform, investieren wir das Geld auch noch zusätzlich, damit in Basel-Stadt stärker vielleicht an dem geforscht wird und Basel-Stadt ein wichtiger Player wird.

Dann noch etwas zu den Gewinnen, die haben auch sehr grosse Emotionen ausgelöst. Das ist ja nicht einmal auf monetäre Gewinne beschränkt. Mir ist ja nur wichtig, dass wenn der Kanton Geld investiert, das kann auch ein Stiftungskonstrukt sein,



das wäre ja auch nicht völliges Neuland in diesem Kanton, wo mit Public-private-Partnership dann auch ein nicht monetärer Gewinn für die Allgemeinheit und die öffentliche Hand bleiben würde.

Mein einziger Punkt ist, und das finde ich schon, wenn wir Geld, das wir zusätzlich einnehmen, zu einem Teil wieder rückverteilen zu diesen Unternehmen, dann finde ich, kann die öffentliche Hand, kann die Allgemeinheit, kann die Politik auch darüber diskutieren, wo und an was, in welchem Umfang mitgeforscht wird. Das ist das einzige Anliegen. Wenn Sie es dann trotzdem ablehnen wollen, ist das alles gut und recht, aber ich bitte Sie wirklich, relativ nahe bei der Ablehnung am Text zu bleiben.

Und lassen Sie mich noch einen letzten Satz sagen zur Stellungnahme der Handelskammer beider Basel, und ich bin jetzt sehr froh, dass Luca Urgese hier schon ziemlich nahe am Anzug argumentiert hat, aber da war ich schon ein wenig enttäuscht, weil dieser Anzug, der will, dass dieses Geld hier am Standort investiert werden soll. Wir mögen unterschiedliche Auffassungen darüber haben, in welchen Bereichen oder ob wir diskutieren sollen, in welchen Bereichen wir das überhaupt machen sollen, aber es geht um das. Und da würde ich mir schon auch wünschen, wenn die Handelskammer sich die Mühe macht, uns Stellungnahmen zuzustellen zu den Grossratsitzungen, dass sie dann den Anzug auch so liest und beantwortet, dass es mit dem zu tun hat, was wirklich drinsteht.

Darum, Sie können ganz beruhigt im absoluten privatwirtschaftlichen Interesse diesen Anzug überweisen. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie darum.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Raoul Furlano, die andere von Lorenz Amiet. Beide werden angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Beda Baumgartner, kennen Sie Risiken und Nebenwirkungen von sogenannter Auftragsforschung? Das ist das, was Sie ja jetzt verlangen.

Beda Baumgartner (SP): Ja, ich kenne Risiken und Nebenwirkungen von jeglicher Forschung.

Lorenz Amiet (SVP): Beda Baumgartner, fasse ich Ihr Votum richtig zusammen, es geht nur darum, dort, wo in Zukunft Forschung subventioniert wird, ein kleines bisschen Planwirtschaft einzuführen?

Beda Baumgartner (SP): Nein, das fassen Sie nicht richtig zusammen. Wir können gerne mal, Lorenz Amiet, länger darüber diskutieren, inwiefern wir wirklich in einer liberalen Marktwirtschaft leben. Aber das sprengt jetzt hier deutlich den Rahmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Luca Urgese. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001384, 20.09.23 22:20:43]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Abstimmung zu wiederholen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001386, 20.09.23 22:21:35]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Abstimmung zu wiederholen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001388, 20.09.23 22:23:02]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 46 Ja-Stimmen bei 43 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

53. Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen

[20.09.23 22:23:16, 23.5345.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Luca Urgese (FDP): Das ist jetzt der Vorstoss, wo Beda Baumgartner zufriedener ist mit dem Text, den ich geschrieben habe, mal sehen, ob er es mit dem Votum auch ist. Ich kann eigentlich auf die Einführung verweisen, auf das, was ich vorhin beim Anzug von Beda Baumgartner gesagt habe und nur das noch ergänzen, was hier ja angedeutet wird mit einem gewissen kritischen Unterton, dass das Geld nicht dort versteuert wird, wo es erarbeitet wird. Das geht ja in die Tendenz der Marktstaatenbesteuerung, die ja bei der OECD konkret auf dem Tapet ist. Und ich kann Ihnen eins sagen, wenn das Realität wird, dann ist es dann hier vorbei mit dem vollständigen Ausgeben des Geldes. Dann haben wir dann hier ganz andere Probleme, die wir zu diskutieren haben.

Ich habe vorhin ausgeführt, warum der Erhalt der Standortattraktivität von grösster Bedeutung ist für unsere Region und was hier in diesem Anzug gefordert wird, das hat mit Standortattraktivität nun definitiv nichts mehr zu tun. Es geht darum, Geld ins Ausland zu verschieben. Und diese Forderung verstösst ganz direkt gegen den Volkswillen, der in der Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer zum Ausdruck gekommen ist. Woher wissen wir das? Wir wissen das aufgrund der Volksanalyse, die jeweils im Nachgang zur Abstimmung gemacht wird und wo ganz klar zum Ausdruck gekommen ist, das wichtigste Ja-Argument der Bevölkerung war, es sollen keine Gelder ins Ausland abfliessen. Und selbst bei den Nein-Stimmenden hat das Argument überwiegend Zustimmung gefunden, das Geld soll eingesetzt werden zur Verbesserung der Standortattraktivität.



Nachdem sich die SP nun bereits bei der Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer ins Abseits gestellt hat, tun wir nun wirklich gut daran, bei der Umsetzung dieser OECD-Mindeststeuer nicht der Partei zu folgen, die das Geld ja eigentlich auch gar nicht im Kanton wollte, sondern möglichst viel Geld beim Bund belassen wollte, möglichst viel Geld dem Bund gegeben hätte. Wir tun gut daran, hier denjenigen zu folgen, die das kritisch sehen und deshalb bitte ich Sie, den Anzug abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Für das GAB möchte ich beliebt machen, diesen Anzug zu überweisen. Ich möchte gerade den beiden Thesen widersprechen: Standortattraktivität. Aus unserer Sicht zeichnet sich Standortattraktivität natürlich darüber aus, was wir hier vor Ort machen. Wir sind aber ein sehr internationaler Standort und wir sind darauf angewiesen, dass die Firmen, die bei uns sind, ein gutes Verhältnis haben zu den Standorten ausserhalb unseres Kantons und auch in der Zusammenarbeit mit den dort betroffenen Standorten. Darum ist die Frage, was ist Standortförderung, so einfach und plakativ nicht zu beantworten, indem man sagt, wir geben jedes Jahr eine halbe Million aus, damit bei Swiss Indoors der Schriftzug Basel im Fernsehen ersichtlich ist. Das geht, glaube ich, darüber hinaus, als was hier ganz konkret vor Ort passiert. Das ist das erste.

Das zweite, die Nachwahlbefragung habe ich mir auch zur Gemüter geführt, und zwar die ausführliche Variante. Es gab wirklich sehr interessante Feststellungen dort, zum Beispiel diese Steuergeldabwanderung ins Ausland sowohl bei den Befürworter*innen und wie auch bei den Gegner*innen. Ein wichtiges Argument war, der Mechanismus dahinter ist aber nicht der, dass man nicht Geld für das Ausland übrig hätte, sondern dass Firmen aufgrund der Rahmenbedingungen ins Ausland abwandern, dort Steuern bezahlen und dann dieser Staat über dieses Geld verfügt. Und das wäre mit diesem Anzug ja anders, dass nämlich wir hier in Kooperation mit den Firmen, die hier sind, uns überlegen, wie man Klimamassnahmen an den jeweiligen Standorten, wo die Firmen im Ausland sind, umsetzen kann. Das heisst also, wir steuern diesen Prozess und wir befinden darüber, wie dann dieses Geld eingesetzt wird.

Und was auch bei dieser Befragung spannend war, ist, dass sehr viele Leute angegeben haben, Kein Grund, kein bestimmter Grund, und dass auch eine Mehrheit sowohl bei den zustimmenden wie auch den ablehnenden Personen angegeben haben, sie würden sich eine bessere Verteilung wünschen zwischen den Vorteilen für die Unternehmen und den Vorteilen für die Gesellschaft. Und die Gesellschaft, wenn wir das ernst nehmen, die hört ja nicht an der Kantonsgrenze auf. Es ist ja sicher auch unsere Aufgabe als sehr reicher Kanton zu sorgen, dass innerhalb der Gesellschaft auf der Welt vielleicht ein bisschen mehr Fairness herrscht und vor allem, dass wir als Gesamtgesellschaft mit dem grossen Problem Klimawandel umgehen können. Darum finde ich diesen Anzug sehr sinnvoll und möchte Sie bitten, ihn zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Nach dem Votum von Luca Urgese kann ich mich relativ kurzfassen. Dieser Anzug ist gefährlich und dieser Anzug ist unehrlich. Warum er gefährlich ist, hat Luca Urgese schon lange breit ausgeführt, einfach noch in aller Kürze. Der grosse Reibach, der da versprochen wird, der ist überhaupt noch nicht da. Erstens haben wir noch keine Ahnung, wie viel es dann wirklich sein wird, zweitens wissen wir nicht, womit die OECD als nächstes kommt. Es gibt da auch noch andere Ideen in der Pipeline. Wenn die dann umgesetzt werden, haben wir keinen Franken mehr übrig, den wir irgendwo investieren können. Ganz abgesehen von dem, was gesagt wurde, was, wenn die Firmen abziehen.

Das, was jetzt gerade Raphael Fuhrer angesprochen hat. Ja, es ist möglich, dass der eine oder andere oder die eine oder die andere Nein gestimmt hat, weil man will, dass Steuersubstrat ins Ausland abwandert. Aber allein im Kanton Basel-Stadt haben über 80 Prozent Ja gesagt zur OECD-Steuerreform mit der Begründung, verkauft vor allem durch die Regierung, durch die Finanzministerin Regierungsrätin Tanja Soland, dass die Steuererträge hier bleiben und nicht im Ausland. Das waren auch unsere Argumente, um unsere Parteigenossinnen und -Genossen da bei der Stange zu halten. Das war bei der Nachwahlbefragung auch der Hauptgrund all jener, die Ja gesagt haben zu dieser Reform. Und all diese Personen, über 80 Prozent unserer Stimmbevölkerung hier im Kanton, die müssen sich betrogen vorkommen ab diesem Anzug, wenn der überwiesen wird. Und deshalb, geschätzte Damen und Herren, sagen Sie Nein dazu.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Pascal Pfister das Wort.



Pascal Pfister (SP): Zu später Stunde noch eine interessante Debatte, vielen Dank dafür. Auch viele Pro-Argumente wurden schon genannt von Raphael Fuhrer. Es geht jetzt hier wieder um die OECD-Mehreinnahmen, die zu erwarten sind. Wir haben natürlich hier keinen konkreten Betrag genannt, im Wissen darum, dass wir hier zuerst die Situation anschauen müssen, dass wir schauen müssen, welche Mehreinnahmen hier überhaupt zusammenkommen und dann auch gewichten können mit verschiedenen anderen Massnahmen, die in diesem Zusammenhang ergriffen werden sollen. Wir haben jetzt gerade auch einen Anzug überwiesen, um wie hier am Standort Forschung zu fördern mit ein bisschen Leitplanken auch für Dinge, die wir finden, sind ein bisschen vernachlässigt. Und jetzt liegt ein Anzug vor, bei dem geht es ein bisschen um die internationale Rolle von Basel.

Ich lade Sie ein, auch mal den Blick über unsere knapp 37km² zu richten, weil Basel ist ja extrem vernetzt international. Wir sind eine extrem internationale Stadt. Das merkt man, weil sehr viele Leute vom Ausland hierherkommen, hier bei unseren Unternehmen arbeiten, aber natürlich in einer Vernetzung arbeiten. Wir haben Marketing-Leute für Südamerika, für Indien, für Asien, usw. Das zeigt, dass Basel wirtschaftlich sehr vernetzt ist und unsere Unternehmen haben auch Standorte auf der ganzen Welt. Das heisst, wir stehen nicht alleine und wir haben auch gleiche Probleme wie die anderen Staaten. Das Klima, die Klimaherausforderung, die betrifft uns global und die können wir nur zusammen lösen.

Wir sind sehr stark vernetzt, das bedeutet, dass ein Grossteil dieser Gewinne, die hier versteuert werden, gar nicht bei uns im Land erwirtschaftet werden und es gibt dieses Damoklesschwert, die Marktstaatenbesteuerung, die die OECD gemacht hat. Und uns schien es dann sinnvoll zu sagen, okay, wir gehen diese Frage auch ein bisschen proaktiv an und wir zeigen, dass wir nicht ignorieren, dass wir auch zusammen mit diesen anderen Ländern leben, dass wir gemeinsame Herausforderungen haben, die wir gemeinsam angehen wollen und denken, dass ein Teil dieser Mittel eben genau dafür verwendet werden könnte.

Und David Wüest-Rudin, es gilt hier eben zusammen mit den Unternehmen das zu machen. Wir haben gedacht, wir versuchen hier einen Anzug, der gewisse Kompromissmöglichkeiten beinhaltet, nämlich dass wir sagen, wir machen das gemeinsam mit den Unternehmen. Es ist auch eine Investition, wir unterstützen sie dabei, solche Massnahmen in ihren ausländischen Standorten zu machen.

Noch zu den Abstimmungen. Ich weiss, dass das die Parole des Wirtschaftskomitees war. Ob das dann am Ende wirklich das entscheidende Argument war für die Leute, das muss immer auch ein bisschen offen bleiben. Was aber auch eine Realität ist, ist, dass die Menschen hier in diesem Kanton sowohl der Konzernverantwortungsinitiative wie auch den Klima-Initiativen zugestimmt haben und wenn man das anschaut, das spricht dann für eine Überweisung dieses Anzugs.

Es ist ein Anzug, prüfen und berichten, wie verwenden wir die Mehreinnahmen. Ein Teil davon würden wir gerne für globale, solidarische Massnahmen im Klimabereich einsetzen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Luca Urgese. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Der Präsident beschliesst

Die Abstimmung abbrechen und zu wiederholen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

44 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001392, 20.09.23 22:36:48]

Der Grosse Rat beschliesst



Die Abstimmung zu wiederholen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001394, 20.09.23 22:39:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 45 Ja-Stimmen bei 44 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

Ich schliesse hiermit die Sitzung.

Schluss der 29. Sitzung

22:39 Uhr